Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Hardaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 3 Mk. 25 Pfg., monatlich 90 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 864.

Nr. 222. **Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1904.** **15. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigner Bericht der „Volksstimme".)

Bremen, 19. September 1904.

Erster Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung.)

Dietz eröffnet nach 9 Uhr die Verhandlungen mit der Verlesung einer großen Anzahl Begrüßungsschreiben. Es befinden sich darunter Begrüßungsschreiben aus Frankreich, Dänemark und Ungarn.

Der Parteitag tritt in den ersten Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbericht des Vorstandes (Berichterstatter Pfannkuch und Gerisch), ein. Zugleich wird für die hierzu eingelaufenen Anträge die Unterstützungsfrage gestellt. Nicht genügend unterstützt wird u. a. ein Antrag der Parteigenossen in Dresden-Neustadt, der den Redakteuren der Parteizeitungen die Mitarbeit gegen Honorar an andern Zeitungen und die Herausgabe von Broschüren verbieten will. Eine große Zahl der sehr zahlreich eingelaufenen Anträge, darunter auch solche, die die erneute Behandlung der Alkoholfrage und des Generalstreiks fordern, finden genügende Unterstützung.

Zum

Geschäftsbericht des Vorstandes

erhält das Wort Reichstagsabgeordneter Pfannkuch: Trotzdem der Parteitag frühzeitig angekündigt worden ist, haben manche Parteigenossen die Frist zur Antragstellung verstreichen lassen. Die verspätet eingelaufenen Anträge werden zurzeit gedruckt und den Delegierten noch während dieser Verhandlung zugehen. Im Geschäftsbericht ist irrtümlich berichtet, daß der Maifestzug in Lübeck verboten wurde. In Wahrheit wurde nur die Entfaltung von roten Fahnen verboten. Das veranlaßt mich, die Parteigenossen im Lande zu bitten, den Parteivorstand über tatsächliche Vorgänge besser als bisher zu informieren. Ehe ich zu meinem Geschäftsbericht übergehe, wende ich mich zu den Anträgen, es möchten unliebsame Vorkommnisse wie in Dresden und die Tonart der dortigen Debatten vermieden werden. Der Wunsch ist ziemlich weit verbreitet, vielfach geäußert, auch in Begrüßungsartikeln zum Ausdruck gebracht worden. Ich will nicht die Dresdner Debatten, nicht noch einmal die Frage aufrollen, wer dort das Karnickel gewesen ist. Man mag über die dortigen Beschlüsse urteilen wie man will, aber das eine ist deutlich in Erscheinung getreten und Folge des Dresdner Parteitags, daß das Parteigewissen der Genossen im Lande außerordentlich geschärft worden ist. (Hört, hört! und Sehr gut!) All die Anträge, die auf eine festere Organisation, auf eine mehr zentralistische Form der Organisation abzielen, sind eine Folgeerscheinung dieser Schärfung der Gewissen. Ist das richtig, so können wir mit Stolz sagen, daß die Verhandlungen in Dresden nicht umsonst gewesen sind, daß sie eine vorzügliche erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Die Organisationsfrage wird ja als besonderer Punkt behandelt werden. Trotzdem werden die Parteigenossen schwerlich darauf verzichten, schon diesmal einige besondere Wünsche für die Agitation in die Tat umzusetzen. Die Anregungen, die einen Tadel gegen die bisherige Tätigkeit des Vorstandes enthalten, bieten ihn ja in sehr überzuckerter Form. Trotzdem bitte ich, sich vor ihrem Urteil folgendes zu vergegenwärtigen: Man hat uns die Leitung der Frauenagitation durch die Zentralvertrauensperson und deren Erfolge als Vorbild entgegengehalten. Aber als unsre Partei in den Kinderschuhen steckte, hatte sie auch mehr Agitatoren zur Verfügung als jetzt. Die mächtig gestiegene Gewerkschaftsbewegung und die weit ausgebreitete Presse entziehen uns eine Fülle von überzeugten, brauchbaren und tätigen Genossen. Das ist kein Unglück, wenn sich dadurch die Gewerkschaften fester eins machen mit der sozialdemokratischen Bewegung. Aus dieser Personalverbindung wird ja von reaktionärer Seite immer den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, sie seien sozialdemokratisch. Ich glaube, daß die Gewerkschaften sich gar nicht so sehr gegen den Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften sträuben sollten. Daß sie nicht in direkter Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei stehen, werden sie vor dem Strafrichter stets leicht nachweisen können. Sie müssen aber in sich die Verpflichtung fühlen, ein Glied der großen Arbeiterbewegung zu sein, als deren Führerin selbst die Regierung stets die sozialdemokratische Partei anerkannt hat.

In der Preßdebatte ist weiter gefordert worden, die Abgeordneten sollten mehr gesetzgeberische Initiative betätigen; der Vorstand sollte die Agitation nicht nur in formeller, sondern auch in stofflicher Hinsicht anregen. Aber dann müßten mit Rücksicht auf ihre gesetzgeberische Tätigkeit unsre Reichstagsabgeordneten auf jede Sorge für ihre bürgerliche Existenz verzichten. Und was hat man dem Parteivorstand vorgeworfen. Er soll in der Schulfrage etwas versäumt haben. Es scheint mir, als ob die Genossen die Konkurrenzagitation der Liberalen um Barth und Naumann fürchten. Aus so kleinlichen Gründen brauchen wir die Schulfrage hier nicht zu behandeln.

Wir könnten ja einmal darüber sprechen, ob wir nicht auf jedem Parteitag einen Tag auf den Protest gegen verschiedene Erscheinungen des öffentlichen Lebens verwenden. Aber wenn wir eine Frage auf die Tagesordnung setzen, müssen wir sie gründlich erörtern und genügend vorbereiten. Genosse Timm hat in der „Neuen Zeit" uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir bei der Finanzreform, beim Achtstundentag und beim Zollgesetz keine dauernd intensive großzügige Agitation eingeleitet haben. Aber eine Volksbewegung läßt sich nicht immer dauernd auf der Höhe erhalten, wie sie einmal hoch aufschäumte.

Weiterhin verlangen einige zurückgebliebene Gebiete die Anstellung besoldeter Parteisekretäre zur Agitation. Man weist darauf hin, daß wir in andern Gegenden durch die Konsumvereine und Krankenkassen eine große Zahl von Agitatoren hätten. Davon kann nicht die Rede sein. Eine solche Tätigkeit entzieht aber die Genossen viel eher der Agitation, als daß sie ihr Kräfte zuführt und freistellt. Die Ausschließung rückständiger Gebiete muß mit größter Vorsicht betrieben werden. Materiell sind wir ja in der Lage. Alle übrigen Parteien blicken mit Neid auf unsre gefüllten Kassen. Sollte einmal das Geld fehlen, so würde ein Aufruf genügen Aber es fehlt an den geeigneten Leuten. Oberschlesien hat uns große Kopfschmerzen gemacht. Dr. Winter hat mehrere Jahre dort ausgehalten, er ist jetzt stark krank. Die Krankheit steckte wohl schon lange in ihm, wir wußten es leider nicht. Die Verhältnisse sind jetzt da unten in leidlicher Entwicklung dank der Tätigkeit des jetzt dort lebenden Genossen Bruhns. Auch in Posen gab es große Schwierigkeit. Erst kürzlich ist eine geeignete Persönlichkeit gefunden worden. In Rheinland-Westfalen haben wir noch nicht zum Institut der besoldeten Parteisekretäre gegriffen, weil wir, wenn wir überhaupt diese Einrichtung treffen, andre Gegenden für bedürftiger halten. Beschließt der Parteitag die Anstellung von Provinzsekretären, so werden wir den Versuch machen. Es ist uns vorgeworfen, wir sollten gegen den drohenden Wahlrechtsraub Stellung nehmen. Ich meine, wir sollten nicht allzuviel mit dem Feuer spielen. Daß wir aber nicht müßig sind, das beweist doch unsre Aufdeckung der Eisebrechterei. Was den Ton anlangt, so war die Parteileitung bemüht, persönliche Differenzen hintanzuhalten. In der Parteileitung sind oft sachliche Differenzen vorhanden, zu persönlichen kommt es nie. Die Parteigenossen müssen das auch so machen und nur sachlich diskutieren, dann werden wir den Gegnern das Gaudium über persönliche Anrempeleien der Genossen untereinander ersparen. Unterstützen die Parteigenossen uns hierin wie bei der Agitation, so wird die Parteileitung den schwersten Aufgaben genügen können. Es fehlt der Partei nicht an Initiative. Beim Crimmitschauer Streik hat die Partei sofort eine Verständigung mit den Beteiligten gesucht, und kein Parteigenosse wird mit Führung oder Beendigung des Streiks unzufrieden sein. Wir haben stets ein gutes Einvernehmen mit den Gewerkschaften gesucht. Wir haben in zwei ausgiebigen Sitzungen versucht, mit der Generalkommission uns über die Maifeier zu einigen. Wenn das auch nicht gelungen ist, haben wir uns doch über die geschäftliche Behandlung der Frage auf dem Amsterdamer Kongreß geeinigt. Auch hier wird zweifellos die frühere Resolution angenommen werden. Erledigt ist die Maifeierfrage damit nicht, sie hängt am letzten Ende auch mit der des Generalstreiks zusammen. Aber die Fragen sind nicht drängend. Wir können sie in sich ausreifen lassen, ehe wir Untersuchungen anstellen. Für die Presse liegt der stets wiederholte Wunsch nach einer guten Kinderlektüre vor. Aber die „Hütte" ist keineswegs aus Mangel an Mitteln eingegangen. Wenn wir den Stab von Mitarbeitern hätten, den wir brauchen, würden wir solche Zeitschriften schon aus eigner Initiative der Parteigenossen haben. Die Anforderungen, die an die Partei gestellt werden, sind überhaupt viel zu hoch. Um das alles auszuführen, was verlangt wird, müßten wir doppelt so groß sein. Die Siebenmeilenstiefel-Entwicklung unsrer Partei hat einen gewissen Mangel an Selbstkritik gezeitigt. Wir dürfen uns nicht überschätzen. Vor allem müssen die gewonnenen Positionen gehalten werden, ehe wir zu neuen Angriffsstürmen übergehen. Wenn die Parteigenossen sich das recht klar machen, dann werden wir gut miteinander auskommen. (Beifall.)

Gerisch gibt den

Kassenbericht:

Der bisherige Kassenabschluß ist der günstigste, den die Partei je gehabt hat. Es ist nach Abzug aller Ausgaben so viel übrig geblieben, wie in schlechteren Jahren die ganzen Einnahmen betrugen. (Bravo!) Aber glauben Sie nicht, daß der Vorstand nun in größter Verlegenheit ist, was er mit dem vielen Gelde anfangen soll. Der günstige Abschluß hat einen wahren Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen, es sind Gelder im Betrage von 160 000 Mark gefordert worden. (Heiterkeit.) Wir sind auch entschlossen, die schwachen Punkte unsrer Stellung in nächster Zeit sehr zu verstärken, was ebenfalls viele Mittel verlangen wird. — Die andern Klagen sind alt und werden bei der Organisationsfrage besprochen werden. Hervorgehoben muß aber werden, daß die Leistung der Kreise in den Zahlen unsres Kassenabschlusses gar nicht zum Ausdruck kommt. Magdeburg z. B. leistet noch viel für die allgemeine Agitation in Sachsen. Zum Schluß bitte ich persönlich, das Motto der Quittung nicht allzu geschmacklos zu wählen. So sehr ich den Humor schätze, so muß ich doch sagen, daß es sich auf der ersten Seite des „Vorwärts" nicht gut ausnimmt, wenn quittiert wird: Ferkelgeld des Schweinigelklubs. (Stürmische Heiterkeit.) Unsre Presse hat sich auch in dem Jahre nach der Wahl auf der Höhe gehalten. 15 Blätter haben einen Verlust von 6008 Abonnenten gehabt, lediglich aus lokalen und vorübergehenden Gründen. Dagegen haben 39 Blätter einen Zuwachs von 7380 Abonnenten gehabt. Die Einnahme aus Inseraten betrug 2 253 538 Mark, aus Abonnements 3 925 427 Mark. Der durchschnittliche Abonnementsbetrag beträgt 6¹/₆ Mark pro Jahr. Am meisten hat es mich gefreut, daß die bewunderswert zähe aufopfernde Tätigkeit der führenden Genossinnen Frucht getragen hat. Die Erfolge der „Zeitung für das Muldental" haben gezeigt, daß man große Erfolge auch auf steinigem Boden erzielen kann. Der Parteivorstand will auch die Zeitungen, die noch zurückgeblieben sind, kräftig vorwärts bringen. Die 620 000 Abonnenten umfassen ja keineswegs den Kreis unsrer Leser. Aber sicher können wir unsrer Wähler doch erst sein, wenn mindestens ein Drittel von ihnen Abonnenten unsrer Presse sind. Dazu fehlen uns noch 220 000, die wir hoffentlich bald gewinnen werden.

Von den Anträgen bitte ich Sie, den der eine besondere antimilitaristische Agitation unter den ins Heer eintretenden jungen Leuten verlangt, abzulehnen. Es ist unnütz und kann den jungen Leuten sehr gefährlich werden. (Sehr wahr!)

In einem Nachtrag teilt Pfannkuch mit, daß der Parteivorstand in Uebereinstimmung mit der Kontrollkommission beschlossen hat, Parteisekretäre in den zurückgebliebenen Provinzen anzustellen, für die diese das Vorschlagsrecht haben sollen. Das Anfangsgehalt soll 2000 Mark betragen. — Noch eins, Genosse Auer, dessen bitterster Schmerz es ist, krank zu sein, ohne andre Schmerzen zu haben, als den großen, nicht unter Ihnen sein zu können, war bei meinem Besuch am letzten Sonntag geistig und körperlich so frisch, wie ich ihn seit Jahren nicht gesehen habe. Ich hoffe also, daß die Hoffnung, die Bebel gestern hier ausgesprochen hat, bald in Erfüllung geht. Trotzdem schlagen wir Ihnen vor, den Genossen Molkenbuhr zur Vervollständigung in den Parteivorstand zu wählen, da die Arbeitslast außerordentlich gewachsen ist. Ich wäre jetzt am Ende. Aber mir wird soeben ein Zettel heraufgereicht, ich möchte mich über die Stellung des Parteivorstandes zur Alkoholfrage auslassen, (Lachen) dazu bin ich nicht ermächtigt. Aber ich halte die Frage nicht für so dringend, daß ich glaubte, daß die Frage auf diesem oder dem nächsten Parteitage verhandelt werden müßte. Ich hoffe, daß sie nicht zu einer Parteifrage werden wird.

Reichstagsabgeordneter Meister erstattete den

Bericht der Kontrollkommission.

Es liegen diesmal mehr Beschwerden vor wie sonst. Im Streitfalle Emmel-Weißbecker hat das Gericht in zwei Instanzen zuungunsten Emmels entschieden. Darauf hat die Kontrollkommission die Mülhauser Genossen aufgefordert, bis zur endgültigen Erledigung der Klage Emmel von allen Ehrenämtern fern zu halten und ihm keine neuen zu übertragen. An demselben Tage, an dem dieser Beschluß der Kontrollkommission beraten wurde, hat der Mülhauser Arbeiterwahlverein wiederum Emmel als Kandidaten zum Landesausschuß aufgestellt und dadurch der Kommission eine Backpfeife gegeben. Die Kontrollkommission hat aufs schärfste gegen diesen Verstoß gegen die parteigenössische Disziplin protestiert und den Mülhauser Genossen die schärfste Rüge erteilt. Sie verlangt, daß auch der Parteitag die schärfste Verurteilung gegen den Mülhauser Wahlverein und den Genossen Emmel ausspricht. Weiter spricht der Redner über die Streitigkeiten in Düsseldorf. Er habe dort Zustände gefunden, wie er sie in den mehr als 40 Jahren seiner Parteitätigkeit nicht für möglich gehalten hätte. Wenn man sich ein Bild von dem Geisteszustand der dortigen „Opposition" machen und seine Zeit wegwerfen wolle, solle man nur die im Saale hier in Kuverts verbreiteten Flugblätter lesen. Das Schiedsgericht sprach beide Parteien schuldig, sprach gegen den einen eine Warnung, gegen den andern eine Rüge aus. Windhoff wollte man gern ausschließen, hatte aber nicht den Mut dazu. (Heiterk.) Man wollte sich helfen, indem man ihn für unzurechnungsfähig erklärte; aber die Kommission konnte sich diesem Urteil nicht anschließen und erklärte Windhoff für unwürdig, weiter Parteigenosse zu sein.

Ein weiteres Schiedsgericht hat in Bielefeld stattgefunden gegen den vielleicht ältesten Bielefelder Genossen, den Maurer Schwedendiek. Dieser 63 Jahre alte Genosse ist vom Wahlverein ausgeschlossen worden. Das Schiedsgericht hat beschlossen, daß Schwedendiek weiter Parteigenosse sei. Der Grund für den Ausschluß war die Annahme des bewußten Streikbruchs durch Schwedendiek. Die Kontrolleure haben dem Schiedsgericht recht gegeben, in solchen Fällen die subjektiven und persönlichen Momente mehr zu würdigen. Namentlich wegen des Alters Schwedendiecks hat man ihn freigesprochen. Auch in Gewerkschaftskreisen ist man der Meinung, daß man so alte Personen bei Streiks ruhig weiter arbeiten lassen soll. Schwedendiek war sich offenbar des begangenen Unrechts nicht voll bewußt. Er hat früher gezeigt, daß er Opfer für die Allgemeinheit zu bringen imstande ist. Ein Streitfall in Lörrach in Baden ist schließlich gütlich beigelegt worden. Einige weitere vom Redner vorgetragene Beschwerdefälle entbehren des allgemeinen Interesses.

Redner beantragt namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand und allen in Betracht kommenden Instanzen Entlastung zu erteilen.

Gerisch bestreitet in einer Richtigstellung, daß der Mangel an Mut bei den Schiedsrichtern Veranlassung gewesen sei, Windhoff nicht auszuschließen. Entscheidend sei die Rücksicht auf die früheren Verdienste Windhoffs und der Wunsch nach einstimmiger Entscheidung. Nudem sei Windhoff ein krankhafter Rechthaber. Wie er in der bürgerlichen Justiz gegen die Todesstrafe sei, so habe er auch dem Genossen Windhoff nicht die Möglichkeit nehmen wollen, seine Fehler wieder gutzumachen.

Damit ist die Berichterstattung erledigt; der Parteitag tritt ein in die

Diskussion.

Becker-Dortmund beklagt, daß die politische Agitation im Ruhrgebiet seit der letzten Wahl vollständig eingeschlafen sei. Die tüchtigen Genossen in der Gegend selbst würden vom Bergarbeiterverband absorbiert. Auswärtige Redner seien nicht in genügender Zahl herbeizuschaffen. Bei dem schweren Kampf gegen die in der München-Gladbacher Schule ausgebildeten Zentrumsagitatoren rechtfertige sich die Anstellung eines besonderen Parteisekretärs im Ruhrrevier. — Bei der Entwicklung unsrer Presse haben sich auch Fehler herausgestellt. Vor allem eine gewisse Uniformität. Zur Lassalle-Feier ist in zwei Dutzend Parteizeitungen derselbe Leitartikel aus einer Fabrik erschienen. (Adolf Hoffmann: War der Artikel gut?) Selbstverständlich. (Große Heiterkeit. — Pfannkuch ruft: Sie wollten ihn allein haben! — Erneute Heiterkeit.) Solche Mißstände, die wir bei der Amtspresse schwer rügen, dürfen wir bei uns nicht einreißen lassen.

Schulz-Posen: Es ist keine angenehme Aufgabe, die rückständigste Gegend Deutschlands hier zu vertreten, zumal wenn man, wie ich, erst kurze Zeit dort ist. Der alte Hader lebt ja dort noch; aber unsre Methode, uns nicht in ihn einzumischen, hat sich bewährt. Noch leichter wäre unsre Aufgabe, wenn nicht auswärtige Genossen immer wieder glaubten, sich durch Einmischung in die lokalen Posener Verhältnisse einen Narbeerkranz erwerben zu können. Wäre dieser Einfluß nicht, würden wir bald zu einer Einigung mit den polnischen Genossen gelangen. — Am schwierigsten ist für uns die Lokalfrage. Wenn uns ein Wirt ein Lokal zur Verfügung stellt, wird er durch Herabsetzung der Polizeistunde, Versagung der Erlaubnis zu öffentlichen Tanzveranstaltungen und Strafmandate schikaniert. Doch haben wir jetzt uns ein Vereinslokal vertragsmäßig bis zum 1. Oktober 1906 gesichert. Dann wird der liebe Gott weiter helfen. (Heiterkeit.) Auch haben wir ein eignes Verkehrslokal geschaffen. Die Zahl der Organisierten ist noch sehr gering. Nachdem wir durch einen Kaiserschnitt alle unsicheren Kantonisten entfernt haben, haben wir erst 69 Mitglieder. Wie schwer unsre Arbeit ist, können Sie sich denken, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß Posen die klassische Stadt der Armut, des Wohnungselends, der Kinderausbeutung und des Schnapsteufels ist, die höchste Kriminalität hat. Zum Schluß verlangt Redner Zuschüsse des Parteivorstandes für die Breslauer „Volkswacht", die jetzt knauserig und knickerig ist.

Ullenbaum-Elberfeld: Unser Antrag auf Einsetzung von Parteisekretären in den Provinzen ist ja durch das Entgegenkommen des Vorstandes überflüssig geworden. Endlich ist der Widerstand besiegt. Eine Gehaltsskala jetzt schon aufzustellen, halte ich nicht für richtig. Die Masse der Parteigenossen verlangt Reichstagsabgeordnete als Redner. Früher als die Fraktion kleiner war, konnten die Wünsche besser berücksichtigt werden als jetzt. Da ist etwas faul im Staate. Da muß etwas mehr Dampf dahinter gemacht werden. Wir hatten den Genossen Baudert für eine Agitationstour zugesagt erhalten. Baudert war verhindert und wir bekamen Adolf Hoffmann zugewiesen. Wir akzeptieren den Genossen Hoffmann, ob er aber die Erfolge haben wird wie Baudert, ist uns zweifelhaft. Redner beklagt schließlich den immer noch zu hohen Preis von Agitationsbroschüren.

Vicky-Mülhausen: Ich bedaure, daß Mülhausen im schriftlichen Vorstandsbericht nicht erwähnt ist, obwohl es die einzige größere Stadt, ist die eine sozialistische Mehrheit hat und diese noch durch die Nachwahlen vergrößert hat. Im Fall Emmel hat die Kontrollkommission bei einem Schiedsgericht gegen zwei andre Genossen plötzlich über den Kopf der Organisation hinweg auch über Emmel entschieden. Emmels Gegner ist ein gemeiner Denunziant und politischer Gauner. Warum wurde auf seine Anschuldigung hin Emmel verurteilt

ohne daß er sich in einem Schiedsgericht rechtfertigen konnte. Ich bitte Sie, den Antrag der Kontrollkommission abzulehnen.

Reichstagsabg. Sindermann-Dresden: Ich bin überzeugt, daß wir den großen Sieg vom 16. Juni nur unsrer schlagfertigen Organisation verdanken. Sie auszubauen muß unsre Hauptsorge sein. Deshalb beantragen die Dresdner Genossen, daß der Parteivorstand im jährlichen Geschäftsbericht eine Statistik aufnehmen soll, die die Zahl der Organisierten, die Höhe des Beitrages und die Abonnentenzahl der Parteiblätter angibt, und bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Bettens-Gießen begrüßt die Anstellung von Parteisekretären für die einzelnen Provinzen. Damit werden wir ein gut Stück weiter kommen. Agitationsmaterial gibt es genug. Gut wäre eine jährliche Uebersicht der parlamentarischen Tätigkeit in Broschürenform. Unsre Kreisblattpresse hat viel mit der Entlassung eines Buchdruckers aus dem „Vorwärts“ gekrebst, der dort lange tätig war und plötzlich entlassen worden sein soll. Darum möchte ich um Aufklärung bitten.

Wolff-Bochum: Der Wunsch nach Reichstagsabgeordneten als Redner in Versammlungen ist unbestreitbar. Wenn es wahr ist, daß dieser Wunsch nach Paradepferden, wie mir Auer einmal geschrieben hat (Heiterkeit), ein Armutszeugnis bedeutet, so trifft dieser Vorwurf auch die Industriezentren. Wir wollen die Paradepferde nicht als Paradepferde haben, sondern mehr als „Zug“ochsen. (Stürmische Heiterkeit). Ich bitte den Ausdruck nicht übelzunehmen. Für die Zentren sind die Abgeordneten auch leichter zu haben, als auf dem platten Lande. Mancher Abgeordnete fühlt sich vielleicht zu fein, aufs Land zu gehen. Ein besoldeter Parteisekretär ist im westlichen Westfalen notwendig. Unsre agitatorische Tätigkeit ist mehr auf den Sonntag angewiesen. Da drängt sich alles zusammen und es mangelt an Kräften.

Hierauf werden die Verhandlungen auf nachmittags 3 Uhr vertagt. —

(Nachmittagssitzung siehe 1. Beilage.)

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 20. September 1904.

Die Gegenseitigkeit im Königsberger Prozeß.

In der Sonntagsnummer unsres Blattes haben wir Notiz genommen von einer Auslassung in der „Deutschen Juristenzeitung“, wonach man in Berlin die amtliche deutsche Ausgabe des russischen Strafgesetzbuchs benutzt und an der „Zentralstelle“ nicht gewußt habe, daß man in Königsberg eine gefälschte Uebersetzung des § 260 des russischen Strafgesetzbuchs benutzt habe.

Durch diese den Stempel der Offiziosität tragende Mitteilung soll der üble Eindruck verwischt werden, daß bei der Vorbereitung des Königsberger Prozesses leichtfertig verfahren und nicht einmal die Vorfrage der Zulässigkeit dieses Prozesses in seinem Hauptteil gründlich geprüft worden sei. Aber der offiziösen Liebe Müh ist umsonst. Denn kein Mensch wird doch glauben, daß die Justizverwaltung, auf deren Veranlassung doch erst der Strafantrag der russischen Regierung „herbeigeführt“ worden ist, nicht einmal die Staatsanwaltschaft mit dem von ihr geprüften amtlichen Material versehen hat. Die Staatsanwaltschaft aber hat sich ganz auf die Uebersetzungen des Königsberger russischen Konsulats verlassen, obgleich sie für deren Unzuverlässigkeit schon vor den Enthüllungen im Prozesse selbst klare Belege erhalten hatte. Dies würdige Konsulat hat nämlich nicht weniger als drei voneinander abweichende „Uebersetzungen“ aus dem russischen Strafgesetzbuch geliefert. Alle diese Uebersetzungen haben amtlichen Charakter, sind aber nichtsdestoweniger, weil sie wesentliche Auslassungen enthalten, Fälschungen. Der „Vorwärts“ gibt darüber folgende Zusammenstellung: Die erste Uebersetzung vom 29. Oktober weist nur für drei Paragraphen des russischen Strafgesetzbuchs (241, 242, 249) auf die Gegenseitigkeit hin; beim § 260 lautet in dieser „Bescheinigung“ die ausschlaggebende Stelle: „ein auswärtiges Reich ... mit welchem die Gegenseitigkeit verbürgt ist“. In der zweiten Uebersetzung, die dem Staatsanwalt unterbreitet ist, heißt es: „im Falle der verbürgten Gegenseitigkeit“, und in der am selben Tage der Strafkammer übermittelten Uebertragung wird die Stelle von demselben Konsul wie folgt wiedergegeben: „Verbrechen gegen einen auswärtigen Staat, mit welchem auf Grund besonderer Verträge oder sonst eine Gegenseitigkeit vereinbart ist“. Alle drei Uebersetzungen sind falsch, denn die richtige Uebersetzung besagt: „... gegen einen fremden Staat, mit welchem auf Grund von Verträgen oder allgemeinen darüber veröffentlichten Gesetzesbestimmungen in dieser Beziehung gegenseitige Vereinbarung besteht.“ Die Anklagebehörde hat von den verschiedenen Texten seltsamerweise noch den falschesten, nämlich den ersten zugrunde gelegt. Sie hat auch die eigentlichen Majestätsbeleidigungsparagraphen, trotzdem ihr diese in der Konsulatsübersetzung bekannt waren, und nach diesen eine Gegenseitigkeit nicht bestand, einfach außer acht gelassen. Erst die Verteidiger mußten die Aufklärungsarbeit besorgen.

Es gibt aber noch einen andern Beweis dafür, daß der preußische Justizminister nicht nur die amtliche Uebersetzung des Königsberger Generalkonsuls kannte, sondern auch sich mit dieser später vom russischen Botschafter bestätigten Auskunft begnügte. Er hat's nämlich selber gesagt, am 22. Februar 1904, im preußischen Abgeordnetenhaus:

„Zunächst (hat) der dortige russische Generalkonsul die amtliche Erklärung abgegeben, daß nach Maßgabe der russischen Gesetzgebung die Gegenseitigkeit für die Verfolgung derartiger Straftaten auch in Rußland verbürgt sei ... Die Staatsanwaltschaft hat dann ... an mich darüber berichtet zum Zwecke der Inkenntnissetzung der russischen Regierung. Ich habe den Bericht pflichtgemäß weitergegeben an das Auswärtige Amt, das ihn dann der russischen Regierung unterbreitet hat. Die russische Regierung hat demnächst Strafantrag gegen die beteiligten Personen gestellt und dabei ausdrücklich durch ihren Botschafter erklären lassen, daß die Gegenseitigkeit bezüglich gleicher Straftaten gegen die preußische (!) Regierung in Rußland verbürgt sei.“

Der russische Generalkonsul — der russische Botschafter, das waren die einzigen Gewährsmänner der „Zentralstelle“.

Das Rettungsmärchen der „Juristen-Zeitung“ ist demnach erledigt. —

Menschenquälerei.

Einen Beitrag zur Schulfrage hat Wilhelm 2. gelegentlich seiner Anwesenheit auf dem Mustergute Kadinen geliefert. Er begab sich dort in Begleitung des Landrats v. Eydorf in die Lehrerwohnung, wo er sich einige Zeit mit der Frau des Lehrers unterhielt. Hierbei erkundigte sich der Kaiser nach der Schülerzahl, und als ihm die Auskunft wurde, daß 58 Schüler zu unterrichten seien, äußerte der Monarch sich dahin, daß der Lehrer bei solcher Schülerzahl vermutlich viel Scherereien habe. Als der Landrat v. Eydorf darauf aufmerksam machte, daß bei Erreichung einer Schülerzahl von 70 Köpfen seiner Meinung nach ein zweiter Lehrer angestellt werden müßte, meinte der Monarch, daß es wohl eine Menschenquälerei sein müßte, eine so hohe Schülerzahl zu unterrichten.

Wenn Wilhelm 2. auf Kadinen weilt, gibt er manches Mal Urteile ab, denen auch wir zustimmen können. So war es früher einmal, als er die ländlichen Arbeiterwohnungen als Schweineställe bezeichnete, und so ist es auch mit der jetzt bekannt gewordenen Bemerkung. Wir bedauern nur, daß die Gesetzgeber im preußischen Abgeordnetenhause so wenig Rücksicht auf die Anschauungen des preußischen Königs nehmen. Es gibt noch zahllose Schulen im Osten, in denen ein Lehrer hundert und mehr Kinder unterrichten muß, wo die Menschenquälerei also noch größer ist.

Wir sind neugierig, ob der Einfluß Wilhelms 2. stark genug ist, um eine Aenderung dieser Zustände herbeizuführen. —

Der Generalstreik in Italien.

Noch immer waltet die Depeschen-Zensur in Italien streng ihres Amtes und läßt nur Nachrichten durch, die zugunsten der Regierung gefärbt sind. Man gewinnt aber den Eindruck, als flaue der Streik ab. Die Eisenbahner haben sich offenbar nur in geringer Zahl am Generalausstand beteiligt, so daß der Bahnverkehr keine nennenswerten Störungen erlitt. Heute, Dienstag, ist nationaler Festtag in Italien, die Mailänder haben daher beschlossen, erst am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Gestern abend fanden dort zwei große lärmende Versammlungen statt, worauf nach der Voss. Ztg. einige tausend Ausständige unter Absingung der Arbeiterhymne die Stadt durchzogen. Ein Regiment Lanzenreiter sperrte den Bahnhof ab, weil Gewalttaten gegen die Eisenbahner befürchtet wurden. Die hiesige Arbeiterkammer schließt ihre Bulletins vom Montag mit dem Rückblick auf die „Periode proletarischer Diktatur, vornehme Revanche für 1898 und glänzende Einführung der politischen Ausstände, die die Kapitalistenklasse samt ihrer Regierung demütigen“, ab.

Aus Genua wird berichtet: Der Ausstand ist beendet. Die Eisenbahnen verkehren regelmäßig. Die Arbeiter, einschließlich der Hafenarbeiter, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Nacht ist ruhig verlaufen, abgesehen von einem Zusammenstoße mit der Polizei, der sich ereignete, als Ausständige den Wagen des Generals Escard, der sich nach Sampierdarena begeben wollte, gewaltsam anhalten wollten, daran aber von Polizeibeamten gehindert wurden. Als die Polizeibeamten mehrere Ausständige verhaften wollten, leisteten diese Widerstand und versuchten einem Polizeibeamten die Waffe zu entreißen. Der Polizeibeamte schoß und tötete eine Person. Die anderwärts verbreitete Nachricht, daß hier bei den Streikunruhen 60 Personen getötet worden seien, ist vollständig unbegründet.

In Neapel wurde gestern eine von den bei der Arbeiterbörse eingetragenen Verbänden einberufene Versammlung abgehalten, an der etwa 5000 Personen teilnahmen. Drei Redner, darunter auch der Deputierte Merlino, hielten heftige Reden. Nach Schluß der Versammlung gingen alle Teilnehmer ruhig auseinander und leisteten den Aufforderungen der Polizeibeamten Folge. Strafentlassene Personen begingen Ausschreitungen und richteten einige unerhebliche Schäden an. Als die bewaffnete Macht einschritt, kam es zu Zusammenstößen; die Polizeibeamten zogen blank und verletzten einige Personen.

In Florenz fand ebenfalls eine Versammlung statt; danach durchzog eine wenig zahlreiche Menge von Ausständigen die Straßen und erzwang die Einstellung des Straßenbahnverkehrs.

Der Ausstand in Ancona, Forli und Como ist beendet. In Siena, Carrara, Oscoli, Piceno und Novara haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Nach Meldungen aus Pisa, Prato, Rimini und Ferrara herrscht auch dort der Ausstand.

So unzuverlässig alle diese Meldungen auch in Einzelheiten sein mögen, im allgemeinen scheint doch aus ihnen hervorzugehen, daß an den Hauptplätzen Italiens der Streik zu Ende ist, während an kleineren Orten die Arbeiter jetzt erst anfangen. Giolittis Demission wurde, wie zu erwarten stand, von den Arbeitern nicht erreicht. Als Sympathiestreik mit den im Süden hart von den Behörden und Landpächtern bedrückten Landarbeitern und als gewaltiger Protest gegen die Arbeitermorde hat der Streik aber doch eine gewisse Bedeutung erlangt. Der Ministerpräsident versprach ja auch, daß er das Militär nie mehr bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit verwenden, und daß er alle für die Vorfälle in Buggeru und Castelluzzo Verantwortlichen streng bestrafen lassen werde. Man wird nun abwarten müssen, ob er dieses Versprechen hält.

* * *

Ueber die eigentliche Veranlassung zu dem Generalstreik geht uns von unserm italienischen Korrespondenten folgender Bericht zu:

th. Noch ist das Echo der traurigen Vorgänge in Buggeru in Sardinien nicht verklungen, und schon wieder werden neue weit alarmierende Fälle gemeldet. Dem in Palermo erscheinenden „Giornal di Sicilia“ wird aus Trapani (Sizilien) telegraphiert: In dem nahen Castelluzzo waren etliche vierzig Bauern versammelt, um die jeweiligen Anteile an der Pacht der dieses Jahr gesellschaftlich bebauten Ländereien zu zahlen. Unvermutet kam der Wachtmeister der Karabinieristation von S. Vito mit drei andern bewaffneten Gendarmen an und verlangte ohne weitere Umschweife in verletzendem Tone von dem Gewerkschaftssekretär Raiti ein Mitgliederverzeichnis. Als sich dieser weigerte, ordnete er ohne weiteres dessen Verhaftung an. Gegen einen derart schreienden Mißbrauch der Amtsgewalt protestierten die anwesenden Mitglieder energisch. Ohne mit Verhandlungen die geringste Zeit zu verlieren, befahl darauf der heldenhafte Wachtmeister, gegen die unbewaffneten Bauern Feuer zu geben. Verschiedene Männer brachen schwer verwundet zusammen. Eine unbeschreibliche Schreckensszene folgte. Die Gewehrschüsse dauerten mehrere Minuten fort. Alsdann zogen die Karabinieri den Säbel und schlugen blindlings auf die Bauern ein. Genauere Nachrichten über den Ausgang des Blutbades stehen noch aus. Doch ist die Zahl der Schwerverwundeten groß. Einer wies elf Säbelhiebe am Kopfe auf. Ein andrer ist auf dem Wege nach dem Spital gestorben. Das oben erwähnte, monarchisch gesinnte Blatt kommentiert den ungeheuerlichen Vorfall auf das heftigste. In Castelluzzo handelte es sich nicht, wie in Buggeru, um einen Streik, nicht um eine drohende Menschenmenge, nicht um wütende Frauen, die ihrer Erbitterung in Steinwerfen Luft machen, sondern um vierzig wehrlose Bauern, die in aller Ruhe und Stille ihre Abrechnungen vornahmen. Es bleiben dem genannten Blatte nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: entweder waren die tapferen Gendarmen geistesgestört oder sinnlos betrunken. Oder gehorchten sie Instruktionen von oben? Nach diesem neuen ungeheuerlichen Attentat auf die menschliche Freiheit und das menschliche Leben, schließt das „Giornale di Sicilia“, braucht man wahrhaftig nicht zu den Umstürzlern zu gehören, um Trauer anzulegen und laut den Ruf des Protestes ertönen zu lassen. —

Deutschland.

* **Berlin,** 20. September. Der **Zentralverband deutscher Industrieller** hielt kürzlich eine Direktorialsitzung ab, in der gegen die Verstaatlichung der „Hibernia“ eine Kundgebung beschlossen wurde, worin es heißt: „Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller erblickt den Schwerpunkt unsres Wirtschaftslebens und die in ihm fördernd wirkende, treibende Kraft in der privatwirtschaftlichen Tätigkeit. Das Direktorium erklärt sich daher mit aller Entschiedenheit gegen die Verstaatlichung bedeutsamer Zweige der privaten Gewerbetätigkeit.“ Das kann man den Herren nicht verdenken. Die Könige der Industrie wollen ihrer Würde nicht verlustig gehen. Daß der Scharfmacherverband sich gegen die Haltung der Regierung in der „Hibernia“-Affäre wendet, nimmt übrigens auch aus einem andern Grunde nicht wunder. Herr Kirdorf, der Leiter des Kohlensyndikats, gehört zu den tonangebenden Mitgliedern des Zentralverbandes. —

— Eine „Rechtfertigungsschrift“ hat der **Frhr. v. Mirbach** verfaßt, aber nur denjenigen zugänglich gemacht, mit welchen er während seiner Wirksamkeit im Dienste der Kirche gewisse vertrauliche Beziehungen unterhalten hat. Woher diese Scheu, daß die Oeffentlichkeit nichts von der „Rechtfertigung“ erfährt? —

* **Aus Thüringen,** 19. September. In dem großen industriereichen Dorfe Stützerbach bei Ilmenau wurden bei der Stichwahl im Jahre 1903 für den sozialdemokratischen Kandidaten Redakteur Schulz 206 und für den Nationalliberalen Hagemann 56 Stimmen abgegeben. Der Kriegerverein des Ortes, der über 100 Mitglieder zählte, wollte in diesem Jahre sein 50jähriges Jubiläum feiern. Bestimmungsgemäß stiftet der Kaiser an diesem Ehrentage den Kriegervereinen ein Fahnenband. Der Vorstand des Vereins machte also von dem bevorstehenden Feste an zuständiger Stelle Mitteilung und ersuchte um die Stiftung des Fahnenbandes. Die zuständige Stelle wurde aber von andrer Seite auch auf den Ausgang der Wahl aufmerksam gemacht und ihr mitgeteilt, daß die meisten Mitglieder des Kriegervereins böse Sozis seien. Der Vorstand wurde, wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, aufgefordert, die Sozialdemokraten auszuschließen, was dieser jedoch ablehnte. Nunmehr wurde der Kriegerverein aus dem Bunde ausgeschlossen, worauf die Mitglieder seine Auflösung beschlossen. Vorige Woche wurden auktionsmäßig sämtliche Inventarienstücke des Vereins zum Verkauf gebracht. Die Fahne — auch Symbol der Treue genannt — wurde für 10 Mark losgeschlagen. Ein Handelsmann war der glückliche Käufer, der sie aber alsbald wieder für 15 Mark an einen Fabrikanten verkaufte. Der Erlös des Mobiliars und sonstiger Inventarien sowie der Kassenbestand wird nunmehr unter den ehemaligen Kameraden verteilt werden. So vergeht die Herrlichkeit der — Kriegervereine. Der Arbeiterverein gründete eine Sterbekasse, um die Neugründung des Kriegervereins überflüssig zu machen. Dieser Kasse gehören jetzt ca. 1100 Mitglieder an; sogar ein Teil der Mordspatrioten schloß sich derselben an. Die Auflösung des Kriegervereins hat auch zu einem stillen Boykott der Kirche geführt. Man meidet die Kirche, weil man der Ansicht ist, daß der Pfarrer und ein Lehrer die Angeber waren. Der Pfarrer soll sehr erbost darüber sein, daß ihm keine Zwangsmittel gegen die renitenten Stützerbacher Arbeiter zur Verfügung stehen. So etwas fehlt in Preußen-Deutschland „leider noch“. —

* **Hof,** 20. September. Der Reichstagsabgeordnete **Münch-Ferber,** der in dem Beleidigungsprozeß gegen Direktor Schmidt so arg mitgenommen wurde, wird, wie der „Vorwärts“ meldet, nicht nur sein Reichstags-Mandat niederlegen, sondern er trägt sich auch mit der Absicht, seinen ganzen Immobilienbesitz zu veräußern, um sich dann im Auslande häuslich niederlassen zu können. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 222. Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1904. 15. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigner Bericht der „Volksstimme".)

Bremen, den 19. September 1904.

(Nachmittags-Sitzung.)

Kurz nach 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende Dietz die Versammlung wieder. Es sind eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme eingelaufen, u. a. von den Pionieren im Saarrevier, von der polnischen Sozialdemokratie in Deutschland und der ungarländischen Sozialdemokratie.

Der Vorsitzende Dietz begrüßt die Genossen Schumeier als Vertreter Oesterreichs und Askew als Vertreter Englands.

Schumeier-Wien bietet dem Parteitag Gruß und Handschlag. (Bravo!) Wenn wir in Oesterreich auch verschiedene Sprachen sprechen, so sind wir doch eines Sinnes und Geistes für die Befreiung des Volkes und diese Gesinnung verbindet uns auch mit den Sozialdemokraten Deutschlands. Seit dem Gothaer Parteitag, seit ich zuletzt einen deutschen Parteitag besuchte, ist die Sozialdemokratie Deutschlands ein gutes Stück vorwärts gekommen und dasselbe darf ich, ohne uns zu rühmen, auch von der Sozialdemokratie Oesterreichs sagen. Wir sind vorwärts gekommen im engsten Anschluß an die deutsche Sozialdemokratie und unter Ausnutzung dessen, was wir bei euch gelernt haben! Den deutschen Parteitag betrachten wir immer als Kriegsschule des Proletariats. Auch diesmal erwarten wir Belehrung und Nutzen. (Bravo!) Jetzt erfreuen wir uns größerer Freiheit in Oesterreich. Aber all das hängt bei uns nicht von den Gesetzen, sondern von den Personen ab. Jetzt hat der österreichische Ministerpräsident sogar für seine Aufgabe erklärt, jede einzelne Existenz zu schützen. Dabei versumpft alles politische Leben in Oesterreich. Noch einige Worte der Begrüßung im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Parlaments. Wir haben nur ein Scheinparlament, das nur so lange besteht, wie das Parlament willig ist. Wir beneiden euch um euer Parlament (Oho!-Rufe und Lachen), weil ihr doch wenigstens arbeiten könnt. Aber bei uns bricht die Regierung, wie im ökonomischen Leben der Einbrecher einen Dietrich gebraucht, mit dem Dietrich des § 14 in das politische Leben ein. In Oesterreich, wo alles nicht zusammen-, sondern auseinanderstrebt, haben wir die große Aufgabe, wenigstens die Arbeiterschaft zusammenzuhalten. Und darum rufe ich Ihnen zu: Viel Glück zur Arbeit, die wir alle zusammen im Namen der Freiheit für die Arbeiterschaft, für das gesamte Volk verrichten. (Lebh. Beifall.)

Askew-London überbringt dem Kongreß die Grüße der englischen sozialdemokratischen Federation. (Beifall.)

Frau Zietz erstattet den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 279 Teilnehmer auf dem Parteitag anwesend inkl. fünf Gästen. Von diesen sind 225 Delegierte, die 258 Mandate ausüben, außerdem sind 49 Abgeordnete und 7 Genossen und Genossinnen als Parteifunktionäre (Vorstandsmitglieder, Vertreter der offiziellen Preßorgane 2c.) anwesend. Die Kommission beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären, auch das Mandat des Genossen Fendrich, gegen das ein Protest eingegangen ist, falls sich herausstellt, daß Fendrich zurzeit organisierter Parteigenosse ist. In dem Protest wird nämlich ausgeführt, daß Fendrich zurzeit nichtorganisierter Genosse ist, während dieser behauptet, er sei seit dem 1. April nach längerer Pause wieder organisiert. Der Protest enthält weiter die Mitteilung, daß Fendrich das Mandat nur erhalten habe, weil er es unentgeltlich ausübt. Die Unterzeichner des Protestes halten das für eine Herabwürdigung des Niveaus des Parteitags. Schließlich würde so die Teilnahme am Parteitag vom Geldbeutel abhängig gemacht. Auch die Mandatsprüfungs-Kommission vertritt die Ansicht, daß ein so zustande gekommenes Mandat nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren kann. Die Mandatsprüfungskommission findet es auch eigenartig, daß ein Parteigenosse, der solange nicht organisiert war, sich kurz vor dem Parteitag organisiert, um das Ehrenamt auszuüben. Aber formal sind keine Handhaben da, das Mandat für ungültig zu erklären. Vielleicht wird aber ins Organisationsstatut ein Passus aufgenommen, der solcherart zustande gekommene Mandate unmöglich macht. Wir haben beim Landesvertrauensmann in Baden angefragt, ob Fendrich organisiert ist. Die Antwort ist noch nicht eingegangen.

Eichhorn-Baden empfiehlt, die Gültigkeitserklärung des Mandates Fendrichs so lange auszusetzen, bis die Antwort auf die Frage nach der Organisation eingegangen sei. Formale Gründe sind sonst für die Ungültigkeitserklärung nicht vorhanden. Es ist heute nichts zu machen. Vielleicht bietet aber der Fall den Anlaß, das Statut zu ändern.

Fendrich-Baden erklärt, er sei seit 15 Jahren Parteigenosse, sei aber zwei Jahre lang krank gewesen und seine Mitgliedschaft habe 1½ Jahr geschlafen, weil er ¾ Jahr im Bett gelegen habe und fern oben im Schwarzwald gewohnt habe. Er gebe zu, daß im allgemeinen so Mandate nicht zustande kommen dürften, in seinem speziellen Falle sei aber keine Gefahr. Er habe sich von der Politik ins Feuilleton zurückgezogen und wollte sich an der Erörterung über die Jugendzeitschrift beteiligen und habe nur deshalb den Durlacher Genossen angeboten, auf eigne Kosten nach Bremen zu fahren. Er habe nicht sein eignes Interesse, sondern nur das Partei-Interesse im Auge gehabt.

Frau Zietz erwähnt noch im Schlußwort, daß Fendrich das Mandat gegen eine starke Minderheit mit 14 gegen 11 Stimmen erhalten habe.

Der Parteitag beschließt die Entscheidung über Fendrichs Mandat auszusetzen und die übrigen Mandate für gültig zu erklären.

Danach wird die Diskussion des Berichtes des Vorstandes und der Kontrollkommission fortgesetzt.

Böhle-Straßburg polemisiert gegen den Genossen Vicky in Sachen Emmel kontra Weßbecher. Er führt aus: Vor dem Schiedsgericht, dessen Verhandlungen ich als Zeuge beiwohnte, hat sich Genosse Emmel aus einem Ankläger in einen Angeklagten verwandelt. Weßbecher beschuldigte ihn in schärfster Form des Meineids, Betrugs und Hypothekenschwindels. Da beschloß das Schiedsgericht, der Parteivorstand und die Kontrollkommission, Emmel müsse gegen Weßbecher klagbar werden. Jeder andre wie Emmel hätte nun seine Mandate niedergelegt. Emmel tat es nicht, sondern nahm noch mehr Vertrauensämter an, nicht zum Nutzen der Partei, gegen die die Gegner nun reiches Material hatten und verwandten. Es hilft dem Genossen Vicky nichts, daß er vor allem, was geschehen ist, auch vor den Gerichtsurteilen den Kopf in den Sand steckt. Schuld an den unhaltbaren Zuständen tragen vor allem die führenden Genossen in Mülhausen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag der Kontrollkommission anzunehmen, damit wieder normale Zustände in Mülhausen zurückkehren. (Beifall.)

Dönnecke-Mühlhausen i. Th. schließt sich den Klagen über mangelnden Eifer des Parteivorstandes und der Reichstagsabgeordneten bei der Agitation an. Ledebour und Südekum hätten sich um die Agitation in zurückgebliebenen Gegenden sehr verdient gemacht, aber bei manchen Reichstagsabgeordneten scheint das Kranksein für Agitationsreisen Berufskrankheit zu werden. Viele Abgeordnete belüden die deutschen Proletarier mit unnützem theoretischen Ballast. Wenn sie statt dessen einen Teil ihrer Zeit auf die Agitation verwendeten, würde die Partei bessere Fortschritte machen. (Heiterkeit und Beifall.)

Thöne-Kassel erhebt Beschwerde gegen das Parteibureau und den Vorstand. Im „Volksblatt für Hessen", führt er aus, erschienen mehrmals Aufforderungen, nicht bei den Kaufleuten zu kaufen, die nicht im „Volksblatt" inserierten. Plötzlich stand im „Vorwärts" eine Notiz aus dem Parteibureau, in der es unter Beziehung auf das „Volksblatt für Hessen und Waldeck" hieß: „Es ist unzulässig, Firmen zu boykottieren, weil sie nicht in sozialdemokratischen Zeitungen inserieren." (Sehr richtig!) Es ist ein Unfug, wenn eine Redaktion oder ein Verlag auf eigne Faust den Boykott verhängt. (Sehr richtig!) Dadurch wurden die Geschäftsleute ermutigt, Strafantrag gegen den Genossen Redakteur Garbe zu stellen und dieser wurde jüngst vom Reichsgericht rechtskräftig zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Es wäre doch wohl besser, wenn in Zukunft solche Zurechtweisungen nicht öffentlich erfolgten, sondern privatim. Dann würden die Parteigenossen vor Schaden bewahrt bleiben.

Hoffmann-Bielefeld bittet, die Resolution der Kontrollkommission in Sachen des Bielefelder Schiedsspruchs abzulehnen. Es sei unmöglich, das Verhältnis von Partei zur Gewerkschaft ebenso zu behandeln, wie von Gewerkschaft zur Partei. Nicht um der persönlichen Seite des Falles wegen, sondern um prinzipiell festzulegen, daß Streikbruch unter allen Umständen der Eigenschaft des Parteigenossen unwürdig macht. Wenn durch eine falsche Entscheidung die Beziehungen von Gewerkschaft zur Partei getrübt werden, so wollen wir keine Schuld daran tragen. Deshalb werden die Bielefelder Berufung an den Parteitag einlegen.

Leber-Jena: Die Hauptsache bei den Agitationsversammlungen ist genügende Vorbereitung, dann werden auch solche, in denen keine Reichstagsabgeordneten sprechen, gut besucht sein. Redner bittet, wenn die Presse ausgestaltet wird, auch ein besonderes Organ für Sachsen-Weimar zu schaffen.

Berten-Düsseldorf: Man hat den früheren Genossen Windhoff als tüchtig und fähig hingestellt; aber ich danke für solche Genossen, die im übrigen die Eigenschaften eines Windhoff haben. Sie haben ja gesehen, mit was für Gegnern wir zu kämpfen haben. Wenn Sie uns aber moralisch unterstützen, so werden wir mit allen Gegnern fertig werden.

Habicht-Limburg regt an, wichtige und aktuelle Vorgänge wie die Schulfrage oder der russisch-japanische Krieg in Pfennigbroschüren zu behandeln und dadurch der Agitation nutzbar zu machen.

Vicky-Mülhausen i. Els. hält dem Genossen Böhle gegenüber seine Darstellung des Falles Emmel aufrecht. Durch die Gemeinderatswahlen und ihren Erfolg ist erwiesen, daß wir recht hatten. Böhle hat der Untersuchungskommission nicht Rede gestanden. Ob er zu feig war oder die Kommission nicht für würdig befunden hat, mag dahingestellt sein. Böhle holt sich seine Mandate auch auf Umwegen. Er hat das Mandat vom Lande und hat die Kosten hierher auch selbst bezahlt, bloß um hier sich persönlich zu reiben. Ich bitte Sie, im Falle Emmel keinen Beschluß zu fassen. Es schwebt noch ein Verfahren, das für Emmel hoffentlich günstig ausfallen wird. Solange kann eine Entscheidung nicht gefällt werden.

Frau Zetkin: Die Entscheidung der Kontrollkommission stützt sich auf das Material, das wir von den sechs Bielefelder Beisitzern des Schiedsgerichts erhalten haben. Der Meister des Schwedendiek gehörte danach nicht zum Unternehmerring und war bereit, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Es scheint, als ob in diesem Kampfe mit einer gewissen Leichtfertigkeit gegenüber den gewerkschaftlichen Interessen selbst vorgegangen ist. Auch in unserm Urteil ist Streikbruch für ehrlos erklärt worden. Auch wir sind von der prinzipiellen Anerkennung der Neutralität der Gewerkschaften nicht abgewichen. Wir haben nur die Gegenseitigkeit der Verpflichtungen festgelegt und verlangt, daß die Gewerkschaften Leuten, die sich im politischen Klassenkampf als ehrlos erwiesen haben, durch ihr moralisches Gewicht die Verwerflichkeit ihrer Verräterei zum Bewußtsein bringen.

Im Falle Nußbaumer-Weßbecher kontra Emmel nehmen wir ohne gewissenhafte Prüfung weder die Sache dieser noch jener Partei. Aber außer den Beschuldigungen von Weßbecher lagen noch moralisch sehr bedenkliche Tatsachen gegen ihn vor. Hier aber handelt es sich gar nicht um den Fall Emmel, sondern darum, die unerhörte Disziplinlosigkeit der Mülhauser Genossen zu rügen. (Bravo!)

Die Resolution der Kontrollkommission in Sachen Schwedendiek-Bielefeld lautet in ihrem Wortlaut:

Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme der Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entehrendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen.

Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil ein der Berufsgenossenschaft zugehörender Parteigenosse es verschuldeterweise unterläßt, in den Stunden des politischen Klassenkampfes und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen.

Es besteht unter der klassenbewußt kämpfenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß bei der Notwendigkeit, mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß.

Mit Rücksicht auf diese schweren Folgen in der Ahndung einer unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe zur moralischen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen ausspricht.

In der Bielefelder Streitsache bestreitet keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer, gegen Verband oder Innung, richtete. Es lautete demgemäß die Kampfparole.

Der Meister des Genossen Schwedendiek steht diesem Prinzipalring fern; es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehdeten Gemeinschaft nicht behauptet werden. Der Arbeitgeber ließ seine Bereitwilligkeit zur Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaft — wie es scheint glaubhaft — versichern; sein Verhältnis zu dem alten Arbeiter war ein freundschaftliches. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenem Stadium des Kampfes, da Schwedendiek fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch die Arbeitsniederlegung zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollten.

Objektiv liegt — wenn dies anders aufzufassen war — ein Fehler der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in den gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten strategischen Methodik.

Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schwedendieks über seine Stellung in diesem Streik auf dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schwedendiek für eine besondere Berücksichtigung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte.

Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenschaft schädigend auf den Streik; es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder mindestens bezweifelt werden, ob bei Schwedendiek das Bewußtsein für das Unrecht vorhanden war.

Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld des Schwedendiek nicht für erbracht und bestätigte das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts; sie kam auch bei objektiver Würdigung aller Momente zur Ansicht, daß es der Streikkommission nicht möglich gewesen wäre, den Fall Schwedendiek mit einigem Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen.

Die Kontrollkommission.

Eilers-Bielefeld gibt eine Darstellung des Bielefelder Streitfalls. Schwedendiek sei aufgefordert worden, die Arbeit niederzulegen und er hat es im Hinblick auf sein Alter abgelehnt. Schwedendiek ist zwar 63 Jahre, aber ein Hüne von Gestalt. Er ist hier im Saale. Schwedendiek hat nachträglich die Arbeit niedergelegt und die Partei war der Meinung, daß Schwedendiek den Ausschluß verwirkt habe. Die von der Kontrollkommission gezogene Altersgrenze paßt auf den Fall Schwedendiek nicht. Die Kontrollkommission hat Schwedendiek geraten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wir danken für solche Gewerkschaftler. Der Zentralverband hat ihn nicht aufgenommen. Schwedendiek ist ein Stänkerer, der immer nur auf seinen Vorteil bedacht war. Beim Schützenfest hat er den Vogel getragen. In den Versammlungen hat er gegen die Genossen gewettert, die zum Schützenfest gehen. (Heiterkeit.) Schwedendiek ist ein Hüne, hat auch eine kolossale Stimme, mit der er in den Parteiversammlungen eine Rolle gespielt hat.

Hoffmann-Bielefeld hält die Entscheidung der Kontrollkommission im Falle Schwedendiek nicht für berechtigt. Der Beschluß der Kontrollkommission könne hier nicht zur Abstimmung gelangen. Die Kontrollkommission habe gesprochen. Nur Schwedendiek oder die Bielefelder Genossen haben das Recht, sich an den Parteitag zu wenden. Die Resolution bedeutet eine Härte. Der Streikbruch ist ehrlos, aber trotzdem muß von Fall zu Fall entschieden werden. Die Resolution ist so miserabel stilisiert, daß sie die Verlegenheit ihrer Verfasser an der Stirn trägt.

Böhle-Straßburg weist die Bemerkungen Vickys als ganz ungehörig zurück.

Dreesbach-Mannheim: Mißtrauen gegen Emmel sei berechtigt, da sich Emmel die gröblichsten Vorwürfe stillschweigend habe gefallen lassen. Weßbecher sei selbstverständlich auch nicht einwandfrei. Zwei Gerichte haben einen Betrug Emmels als erwiesen angenommen. Die Mülhauser hätten Emmel sofort klar machen müssen, daß er schleunigst seine Ehrenämter niederlegen müsse. Emmel hätte das schon selbst tun müssen. Die Kontrolleure haben recht, die Mülhauser sind der Disziplinwidrigkeit schuldig. Weßbecher hat entweder verleumdet oder solange er mit Emmel befreundet war, geschwiegen. Sein Ausschluß war in jedem Falle gerecht. (Beifall.)

Bortmann-Metz bittet im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen den Ultramontanismus im Elsaß solche persönliche Skandalgeschichten hier nicht breit zu treten. (Sehr richtig!)

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Abg. Schippel ist im Saal erschienen.

Pfannkuch geht in seinem Schlußwort auf den Fall des Redakteurs Garbe ein. Er bestreitet, daß der Staatsanwalt durch die Erklärung aus dem Parteibureau zur Anklage veranlaßt worden ist. Schuld daran ist vielmehr, daß das Kasseler „Volksblatt" trotz der parteiamtlichen Verwarnung sein Treiben fortgesetzt hat. — Dem Genossen Leber gibt Redner wie allen andern, die Neugründung von Parteiorganen verlangen, in der Bedürfnisfrage recht; aber die Hauptsache sei, daß die materiellen Vorbedingungen für ein Gedeihen gegeben seien. Zudem seien die drei weimarischen Kreise unter sich nicht einig gewesen. Von mehreren Rednern seien im Hinblick auf die großen Ueberschüsse der „Vorwärts"-Buchhandlung billigere Broschüren verlangt worden. Aber gerade vom Saarbrücker Prozeß habe der Parteivorstand 10 000 Exemplare gratis im Ruhrgebiet verteilen lassen. Die Wahlkreise erhielten ja auch noch große Rabatte. Die vorbereitete Broschüre über den Königsberger Prozeß werde wegen ihres großen Umfanges noch teurer sein. Aber leistungsunfähige Kreise könnten sich ja an den Parteivorstand wenden. Was die Frage der Entsendung von Reichstagsabgeordneten zur Agitation anlangt, so müssen wir dagegen protestieren, daß die sozialdemokratischen Versammlungen zu öffentlichen Schaustellungen herabgewürdigt werden. Mit dem Wunsche der Parteigenossen, daß die Abgeordneten auch auf das Land hinausgehen, bin ich natürlich einverstanden.

Gerisch kommt in seinem Schlußwort noch einmal auf die in Aussicht genommenen Provinz-Parteisekretäre zu sprechen. Man werde da sehr vorsichtig vorgehen müssen. Schließlich konstatiert er, daß Einwendungen gegen seine Kassenführung nicht erfolgt seien.

Meister bespricht in seinem Schlußwort noch einmal den Streitfall in Mülhausen und rechtfertigt die Haltung der Kontrollkommission. Milder konnte man gegen Emmel wirklich nicht vorgehen. Die neue Kontrollkommission wird sich von neuem mit dem Streite beschäftigen müssen und vielleicht härter urteilen müssen. Die Rüge wegen der Disziplinwidrigkeit muß den Mühlhauser Genossen aber ausgesprochen werden. Auch im Bielefelder Fall glauben die Kontrolleure das Richtige getroffen zu haben. Das Urteil ist nach ernster Ueberzeugung gefällt. Legen die Bielefelder Berufung ein, so kann ja der Parteitag entscheiden. Ist der Parteitag andrer Meinung, so werden wir nicht die getränkten Leberwürste spielen. Die Erklärung im Bielefelder Fall hielten wir im Parteiinteresse für nötig.

Richard Fischer-Berlin kommt als Leiter der Berliner Parteidruckerei auf die Anfrage zurück, die ein Delegierter wegen der angeblich ungerechtfertigten Entlassung eines lange Jahre beschäftigten Buchdruckers gestellt hatte. Auf Angriffe, die die „Germania" erhoben hat, ist im „Vorwärts" ausführlich geantwortet worden. (Redner wiederholt diese Darstellung.) Es geht bei uns nicht anders wie in jedem andern industriellen Betriebe. Wenn jemand eine Funktion übernimmt, muß er ihr auch gewachsen sein oder er muß sich eine Kündigung gefallen lassen. (Sehr richtig!)

Dem Vorstande wird hierauf nach dem Antrag der Kontrollkommission einstimmig Entlastung erteilt. Der Dresdner Antrag auf bessere Pflege der Statistik über die Parteiorganisation wird mit knapper Mehrheit angenommen.

Auf Antrag Arons-Stadthagen wird über die Erklärung der Kommission zum Bielefelder Streitfall nicht abgestimmt, sondern diese durch Kenntnisnahme erledigt.

Die von der Kontrollkommission gegen die Mülhauser Genossen beantragte Rüge wird vom Parteitag mit sehr großer Mehrheit ausgesprochen.

Es folgt die Debatte über den Punkt

Agitation.

Der Antrag des Parteivorstands in Sachen der Parteisekretäre lautet:

„Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen.

Die Parteiorte bezw. Kreise oder Provinzial-Agitations-Komitees haben das Vorschlagsrecht.

Der Vorschlag ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend.

Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 Mark, steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 Mark."

*

„Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren."

Dr. Südekum befürwortet im Interesse einer Vertiefung der Agitation den Nürnberger Antrag, eine besondere Agitations-Kommission mit einem ständigen Sekretär zu bilden. Der Versuch könne wenigstens auf ein Jahr gemacht werden. Der Antrag Pfannkuch laufe ja praktisch auf dasselbe hinaus, wie theoretisch der Antrag Nürnberg.

Nicht auf die rückständigsten Bezirke bezöge sich der Antrag so sehr, wie auf die, in denen wir schon eine gewisse Stärke haben. Gerade aus den Kreisen z. B., die wir unter schwacher Wahlbeteiligung bei der letzten Reichstagswahl erobert hätten, lasse sich unendlich viel herausholen. Der Versuch lohne eher, als die weitere Verstärkung des schon so stark belasteten Parteivorstandes. Der Antrag Nürnberg wird auf Antrag von Klüß-Breslau bis zum Punkt „Organisation" zurückgestellt.

Nachdem Pfannkuch die Annahme seines Antrags empfohlen, Vollmar darauf hingewiesen, daß die von den lokalen

Organisationen angestellten Sekretäre von diesen Zeitungen nicht berührt werden, wird der Antrag Pfannkuch mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt der Punkt

Presse.

Jentsch-Berlin 4 empfiehlt den Antrag, die „Neue Welt" besser auszugestalten. Die Illustrationen sollten sich mehr auf belehrende und interessante Begebenheiten erstrecken. Die „Neue Welt" arbeite jetzt zu sehr mit Morgen- und Abendstimmungen. (Heiterkeit.) Die Errungenschaften der Technik müßten bei der Auswahl der Bilder mehr berücksichtigt werden. Die Berliner Genossen wünschen, daß die „Neue Welt" in Berlin gedruckt werde. Die Parteileitung solle das einmal in Erwägung ziehen.

Zubeil empfiehlt den Antrag der Parteigenossen Teltow-Beeskow-Charlottenburg, eine Zeitschrift für die Jugend ins Leben zu rufen und ein eventuelles Defizit durch Parteizuschuß zu decken. Der Jugend gehöre die Zukunft und eine so große Partei wie die Sozialdemokratie habe die Pflicht, für die Jugend zu sorgen und den Eltern durch passende Literatur die Belehrung ihrer Kinder zu erleichtern. Den Antrag Berlin 4 auf Herstellung der „Neuen Welt" in der Berliner Druckerei unterstütze er. Jetzt seien mit dem Bezug aus Hamburg kolossale Unzuträglichkeiten verbunden. Werde eine Sonntagsnummer des „Vorwärts" wegen eines bedeutsamen Leitartikels stärker gekauft, so könne die Nummer nicht vollständig geliefert werden, denn die „Neue Welt" müsse erst aus Hamburg verschrieben werden und das daure oft 4, 5 Tage.

Berard-Hamburg stimmt im allgemeinen dem Antrag Berlin 4 zu. Er sei zwar Verleger, habe aber dem Redakteur gegenüber nichts zu sagen. Auch der Wunsch, die „Neue Welt" in Berlin zu drucken, sei verständlich. Hamburg habe für die „Neue Welt" eine besondere kostspielige Maschine angeschafft. Diese müßte entweder nach Berlin gebracht werden, was vier Wochen Arbeitsunterbrechung bedeute, oder Berlin müßte sich eine ebensolche anschaffen. Schließlich sei auch das Hamburger Geschäft Parteigeschäft und viel älter als das Berliner. Der finanzielle Effekt würde also für die Partei der gleiche sein. Jedenfalls könne die Sache nur nach genauester Besprechung vom Parteivorstand erledigt werden.

Jendrich-Freiburg begründet den Antrag Durlach, eine Jugendzeitschrift an Stelle der eingegangenen Zeitschrift „Die Hütte" zu gründen. Ganz könne er sich dem Antrag nicht anschließen, denn die „Hütte" sei keine Jugendzeitschrift gewesen. Die Frage sei, ob man eine Kinderzeitschrift für das Alter von 12 bis 18 Jahren oder eine Familienzeitschrift für das vermehrte Unterhaltungsbedürfnis unsrer Genossen und Genossinnen gründen wollte. Für das Bedürfnis nach Unterhaltungsliteratur sei einigermaßen gesorgt. Aber der Gedanke einer Jugendzeitschrift sei neu und gut. Besonders Paul Brücker habe in der „Neuen Zeit", in der Parteitagsnummer, das richtige getroffen, als er ausgeführt habe, man dürfe sich das Blatt nicht als Agitationsschrift denken, dann würde sie gerade von den Kindern nicht gelesen werden. Denn die Kinder hätten einen instinktiven Haß gegen alles Agitatorische und Lehrhafte. Finde sich ein Verleger und ein Redakteur, so sei alles Nötige getan und jede Vergrabung in Kommission oder Parteivorstand sei dann überflüssig.

Dr. Karl Liebknecht-Berlin befürwortet die Annahme des von den Parteigenossen von Elbing, Potsdam-Spandau-Osthavelland gestellten Antrags:

„Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde" aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmißhandlungen zu verhalten haben."

Man kann einwenden, daß der Militarismus von uns eo ipso bekämpft wird, daß er selbst sein schlimmster Feind ist. Aber gerade weil er unser schlimmster Feind ist, kann eine besondere Agitation nicht schaden. Die Agitation muß vorsichtig betrieben werden. Es sind da Gefahren vorhanden. Aber wir brauchen nicht zum Ungehorsam aufzufordern, können uns mit Aufklärung über unsre Ziele begnügen. Wir dürfen nicht die Heerespflichtigen zum Widerstand auffordern, das würde ungezählte Jahre Zuchthaus geben. Aber es ist wichtig, daß in der Richtung Aufklärung erfolgt, daß die herrschenden Klassen nicht mehr so wie heute davon überzeugt sind, es wird einfach geschossen, wenn den Soldaten auch befohlen wird auf Vater und Mutter zu schießen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Reichstagsabg. Richard Fischer-Berlin: Ich bitte, diesen Antrag nicht einmal dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, er müßte sich sofort in Widerspruch setzen mit den Wünschen des Parteitags. Daß wir die Jugend für unsre Ideen gewinnen wollen, ist selbstverständlich; das ist ein Teil unsrer Lebensaufgabe. Aber mit Recht hat Genosse Pfannkuch dem Vorredner schon entgegengerufen: Jugend ist Jugend und will sich austoben. Gewiß ist sie noch nicht immer für den Ernst unsrer Aufgaben zu haben, aber wir gewinnen sie doch. Das müßte ein schlechter Vater sein, der nicht durch sein Beispiel den Sohn, das müßte ein schlechter Arbeitskollege sein, der nicht den Lehrling für den Sozialismus gewänne. Aber wir gewinnen die jungen Leute nicht durch solche Broschüren. Sehr bald würde auch eine derartige Agitation gesetzlich verboten werden, der Reichstag würde in 14 Tagen ein derartiges Gesetz apportieren. Was in Belgien und Oesterreich möglich ist, ist deswegen noch lange nicht in Deutschland möglich — selbst wenn es wünschenswert ist. Wir würden in diese Agitation eine Masse Kraft stecken und doch nur eine Spielerei betreiben. (Vollmar: Eine sehr gefährliche Spielerei!) Wenn der Parteitag nur etwas Vertrauen in unsre Sache setzt, wird er über diesen Antrag hinweggehen. (Bebel: Sehr richtig!)

Berard scheint die Anregungen der Berliner mißverstanden zu haben. Es handelt sich nur darum, die Exemplare der „Neuen Welt", die Berlin gebraucht, in Berlin zu drucken. Es ist doch Unsinn, dem Eisenbahnfiskus jährlich 4000 Mark zu schenken. Jedenfalls wird die Frage in parteigenössischem Sinne erledigt werden.

Heute vormittag hat Ullenbaum der Buchhandlung Vorwärts den Ueberschuß von 35 000 Mark geradezu als Verbrechen angerechnet. Ich weiß, daß es Hiebe für ein Defizit gibt, aber Prügel für Ueberschuß waren mir neu. (Heiterkeit.) Wenn durchaus ein Defizit erzielt werden soll, das Kunststück bringen wir auch fertig. (Heiterkeit.) Etwas wehe würde das ja dem Tropfen jüdischen Bluts, das in der Buchhandlung Singer u. Ko. steckt, tun. (Große Heiterkeit.) Ich glaube aber, wir können gar nicht genug Ueberschüsse erzielen. Wir haben sogar noch viel größere (Hört, hört!), wir haben nur noch nicht alles abgeliefert. (Heiterkeit.) Erzielt haben wir aber unsre Ueberschüsse nur durch die Massenauflage, und konnten meist die Sachen nicht 5 Pf. billiger geben, weil sie nur 5 Pf. kosteten. (Heiterkeit.) Ich glaube auch, ich erwerbe mir ein Verdienst, wenn ich demnächst den Berlinern den „Vorwärts" für 1 Mark liefere. Ich hoffe, wir werden nächstes Jahr 150 000 Mark Ueberschuß haben statt 90 000 Mark in diesem. Und dafür, hatte ich gedacht, würden wir hier als Muster hingestellt werden, ja vielleicht photographiert werden. (Große Heiterkeit.)

Die Jugendzeitschrift ist eine Frage des Könnens, nicht des Willens. Die „Hütte" war keine Jugendzeitschrift. August hat ja schließlich auch schon einmal Artikel für die „Jugend" geschrieben. (Bebel: Es war auch danach! — Heiterkeit.) Wie alles von Dir, aber Du wirst Dir selbst nicht einbilden, daß sie das beste sind, was Du geliefert hast. (Heiterkeit.) Für die Jugendzeitung genügt es nicht, allerhand Redensarten durch die sozialistische Sauce zu ziehen. (Heiterkeit.) Da muß Klarheit und Anschaulichkeit erreicht werden. Bringen Sie nur statt der Anträge einen brauchbaren Redakteur und brauchbare Mitarbeiter. Ueberweisen Sie jedenfalls den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung, an Versuchen wird er nicht fehlen lassen. Jedenfalls dürfen sie das eine nicht vergessen. In der bürgerlichen Welt gibt es ganze Berge Jugendschriften. Dort ist der Absatz unbeschränkt und trotzdem kommen und vergehen sie. Selten behaupten sich auch da die Jugendschriftsteller. Wird die Schrift herausgegeben, so muß sie die Partei herausgeben, sie darf nicht in private Hände gegeben werden. Der Beschluß kann nicht ausgeführt werden, wenn nicht der geeignete Mann als Redakteur und Verfasser gefunden ist. (Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt. —

Aus der Parteibewegung.

Ein menschenfreundlicher Arzt. Genosse Quint, der Redakteur der Frankfurter „Volksstimme", war angeklagt, einen Arzt beleidigt zu haben, dem er vorwarf, er vernachlässige seine ärztlichen Pflichten. Dieser, der Kreisphysikus Dr. Beinhauer von Höchst, erklärte in der Verhandlung: „Als ich hörte, daß es sich nur um ein Dienstmädchen handle, sagte ich: Was glauben Sie denn, ich soll wegen eines Dienstmädchens drei Treppen steigen, dafür halte ich mich zu gut. Dazu habe ich keine Lust. Für die Dienstmädchenbehandlung allein bin ich nicht da." Das Gericht sprach darauf den Genossen Quint frei. Dabei verkündete der Vorsitzende folgenden bemerkenswerten Grundsatz:

> Das Gericht kann von einem Redakteur nicht verlangen, daß für einen Artikel in allen, auch den kleinsten Nebensächlichkeiten der Wahrheitsbeweis erbracht werde. Ein Redakteur ist kein Untersuchungsrichter. Wohl aber kann man verlangen, daß der Artikel in allen wesentlichen Punkten der Wahrheit entspreche, und das ist im vorliegenden Fall gegeben. Deshalb mußte Freisprechung erfolgen.

Das Wort sie sollen lassen stahn! Aber eine Frage: In wie vielen Fällen hätte eine Freisprechung angeklagter sozialdemokratischer Redakteure erfolgen müssen, wenn dieser Grundsatz stets maßgebend gewesen wäre. . . . . .

In einer Generalversammlung des Wahlvereins für den 20. sächsischen Kreis (Zschopau-Marienberg) referierte Göhre über den Bremer Parteitag. Dabei sagte er nach dem Bericht der Chemnitzer „Volksstimme" unter anderm: „Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag ist ein vorzüglicher zu nennen mit Ausnahme des Teiles über die Nachwahl im 20. sächsischen Reichstagswahlkreise. Ich will nicht noch einmal den Kampf, der sich damals abspielte, vor Ihren Augen aufrollen, sondern nur das eine will ich Ihnen entgegenrufen: Lassen Sie das, was hinter uns liegt, für immer begraben sein, schließen Sie sich fest in Reih und Glied zu neuen Kämpfen, zu neuer Arbeit zusammen, denn ohne Kampf kein Sieg! (Lebhaftes Bravo!) Ich fühle mich dazu doppelt verpflichtet, hier von dieser Stelle aus für das mir entgegengebrachte Vertrauen nochmals meinen herzlichsten, innigsten Dank auszusprechen. Ich gebe die Versicherung ab, daß der 20. Kreis in jeder Situation auf mich rechnen kann, und ich werde zu jeder Zeit und zu jeder Stunde, wenn Sie mich rufen, gern und willig diesem Rufe folgen. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)"

Als Delegierter des Kreises für Bremen wurde von mehreren Anwesenden Göhre vorgeschlagen, auf dessen eignen Wunsch wurde dann jedoch von seiner Wahl abgesehen. —

Soziales.

Eine Arbeitsnachweiskonferenz der Scharfmacher tagte am Sonnabend in Wernigerode. Generalsekretär Dr. Kuhlo vom bayrischen Industriellenverband sprach über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und ihren Zusammenhang mit der Sozialdemokratie, Thielkow, Schriftführer des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg, über „Unser Arbeitsnachweis-System und die Streiks des letzten Jahres". Overbeck, Schriftführer des Verbandes der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden, über einheitliche Lehrkontrakte, Dr. Kreuzbauer, Syndikus des Verbandes Dortmunder Bierbrauer und des Verbandes rheinisch-westfälischer Bierbrauereien, über Arbeits- und Lohnverhältnisse im Brauereigewerbe, Dr. Kuhn, Redakteur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung", über Tarifgemeinschaften, und Freiherr v. Reiswitz, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes in Hamburg, über die Organisation des Unternehmertums und die Streikversicherung. Zum Ort der nächsten Konferenz wurde Bremen gewählt. Die gehaltenen Referate sind nicht bekannt gegeben worden. Das ist auch nicht nötig, man braucht bloß die Referenten anzusehen, um zu wissen, welche Weisen in Wernigerode von diesen Kulis der industriellen Scharfmachervereinigungen gesungen wurden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. September 1904.

Lieber Kamerad!

„Du hast nun das Ehrenkleid des deutschen Mannes, den Soldatenrock, den du während deiner Dienstzeit mit Stolz getragen, ausgezogen, hast von deinen Kameraden, die Freud' und Leid der Soldatenzeit mit dir geteilt haben, Abschied genommen und stehst im Begriff, unter den Klängen des bekannten Liedes:

„Es lebe der Reservemann, der treu gedient hat seine Zeit!"

in die Heimat zu deinem Beruf zurückkehren, um dir selbst eine Zukunft zu schaffen. Neue Pflichten treten an dich heran und du sollst nun beweisen, daß du ein ebenso tüchtiges Glied des deutschen Volkes, ein braver, ordnungsliebender Bürger sein willst, wie du ein tüchtiger Soldat gewesen bist . . . ."

Und so weiter.

Das Ende des mit den vorstehenden Sätzen beginnenden in vielen Tausenden von Exemplaren jetzt wieder verbreiteten Flugblattes lautet dahin, daß der Reservist einem Kriegervereine beitreten soll. Dem entlassenen Soldaten, der froh ist, einen schier unerträglichen Drill abstreifen, einer Zeit, in der er geradezu rechtlos gewesen, Valet sagen zu können, wird zugemutet, nun die Soldatenspielerei freiwillig fortzusetzen! Während der Dienstzeit ist der Soldat ein willenloses Wesen, das blinden Gehorsam zu leisten hat. Man möchte nun nicht nur die Soldaten, sondern das ganze deutsche Volk so erziehen und drillen, daß es stets blinden Gehorsam leistet, immer schön und gut findet, was oben genehm ist und stets tut, was oben gewünscht wird. Am ärgsten wird seit einer Reihe von Jahren den Reservemännern zugesetzt, sie will man vor allen Dingen „retten", sie sollen unter allen Umständen mit guter Gesinnung vollgestopft und zu zuverlässigen Wählern erzogen werden. Auf nichts andres läuft der Kriegervereinsspektakel hinaus.

Das muß den aus der Kaserne zurückkehrenden Kameraden jetzt von ihren Berufsgenossen klar gemacht werden. Nicht in Kriegervereinen ist der Platz derjenigen, die zwei oder drei Jahre gedrillt worden sind, sondern an der Seite derer, mit denen sie arbeiten müssen, um sich und ihre Angehörigen ernähren zu können, um die indirekten und direkten Steuern aufbringen zu können, die sie zahlen müssen für Kasernenbauten, für Mordwaffen und Schiffe, für Offiziers- und Unteroffiziersgehälter, für Pensionen usw.

Der Mitgliederfang, der seitens der Kriegervereine betrieben werden soll, muß in das rechte Licht gerückt werden, wo immer ein Reservist heimkehrt. Jedem dieser Glücklichen, die froh sind, der Kaserne den Rücken kehren zu können, muß klar gemacht werden, zu welchen Zwecken er als Kriegervereinsmitglied mißbraucht werden soll. In der Kaserne wurde der Soldat noch angeschnauzt, jetzt auf einmal ist er der „liebe Kamerad", der an seinen Fahneneid denken soll! Der Fahneneid, den jeder eintretende Rekrut leisten muß, ohne daß er gefragt wird, hindert keinen ehemaligen Soldaten, sich seiner Gewerkschaft und den sozialdemokratischen Vereinen anzuschließen. Und gerade, weil man nicht einmal davor zurückschreckt, mit dem Fahneneid geltende Erpressungsversuche zu machen, muß die Parole erst recht lauten:

In die Gewerkschaften!
In den sozialdemokratischen Verein!

— **Keine Preiserhöhung für Milch!** Die Milchhändler beschlossen in einer Versammlung, von einer Preiserhöhung für Milch abzusehen. Sie beabsichtigen, einen Verein zu gründen, der die Interessen der Milchhändler wahrnehmen soll. Wenn die Lieferanten sich weigern, die Milch zu dem alten Preise zu liefern, will man sich mit Gutsbesitzern der weiteren Umgegend in Verbindung setzen resp. die Milch aus Thüringen beziehen. Vielleicht hat das tapfere Verhalten der Hausfrauen von Staßfurt, Neuhaldensleben usw., die seit Wochen die Milchhändler boykottieren, wesentlich zu diesem Beschluß mit beigetragen. —

— **Ist Hypnotisieren eine wissenschaftliche Leistung** oder eine gewerbliche Tätigkeit? Diese Frage beschäftigte gestern das Schöffengericht. Es handelte sich um den Hypnotiseur Otto Siemens und seinen Geschäftsführer Johannes Erp aus Rußland, die im Sommer d. J. hier ihre Tätigkeit ausübten. Siemens hielt öffentliche Vorträge über Hypnotismus und machte an Personen aus dem Publikum Experimente. Hinterher unterhandelten die Angeklagten mit den Vorständen der verschiedensten Vereine und boten ihre Vorträge gegen Bezahlung an. Sie hatten auch Erfolg und Siemens richtete für Mitglieder der Vereine einen Unterrichtskursus ein. Beide Angeklagte besaßen keinen Wandergewerbeschein. Siemens erklärte auf eine Anfrage, bei seinen Vorträgen walte ein höheres wissenschaftliches Interesse ob, sie seien daher nicht steuerpflichtig.

Der Gerichtsarzt Dr. Keferstein begutachtete, zur Ausübung des Hypnotismus gehöre keine wissenschaftliche Vorbildung. Der Hypnotiseur müsse nur eine große Willensenergie und bedeutendes Selbstvertrauen besitzen und sich auf die Handhabung verschiedener Tricks verstehen. Er müsse befähigt sein, das Publikum durch seine den Experimenten vorhergehenden Vorträge in Stimmung zu versetzen und müsse es verstehen, aus den sich meldenden Versuchspersonen geeignete, nämlich nervöse und zur Hysterie neigende Leute auszuwählen usw. Auf dieses Gutachten hin wurden die Angeklagten jeder zu 96 Mark Geldstrafe verurteilt. Für das Schöffengericht ist das Hypnotisieren also ein Gewerbe. —

Provinz und Umgegend.

Herbert Bismarck.

Schneller als es unser Nachbarkreis Jerichow 1 und 2 gedacht, ist er wieder vor eine Reichstagswahl gestellt. Unsre Genossen haben also unverzüglich mit der Wahlarbeit einzusetzen und alle Kräfte für den bevorstehenden Wahlkampf mobil zu machen. Der Wahlkreis ist nicht aussichtslos.

Obwohl unsre Genossen im vorigen Jahr unter erschwerendsten Umständen den Wahlkreis bearbeiteten (unser Kandidat, Genosse Voigt-Gommern, saß im Gefängnis), brachte es unsre Partei trotz empörendster Wahlbeeinflussungen seitens der Gegner auf 8140 Stimmen, während Bismarck 10 430 und ein Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Lehrer Merten, der getreue Schildknappe Bismarcks, 6480 Stimmen erhielten. In der Stichwahl siegte Bismarck mit Hilfe der Freisinnigen, die sich durch Unterstützung des entschiedensten Feindes des frei gesinnten Bürgertums wie so häufig selbst entwürdigten, mit 14 665 gegen 9 742 Stimmen.

Mit dem Fürsten Herbert dürfte die „Partei Bismarck" ausgestorben sein; den Reaktionären des Wahlkreises Jerichow 1 und 2 dürfte es nicht ganz leicht fallen, einen geeigneten Ersatz für den Verstorbenen zu finden, dessen Name bei einer Reihe von Wählern immerhin zog.

In Herbert Bismarck vereinigen sich Junker- und Bourgeoiskapital zur höheren Einheit des konzentrierten

Kapitalismus. Es ist eine Heuchelei, über einen Toten nichts als Gutes zu reden. Als Vertreter des Brotwuchers, des Scharfmachertums, des Zuchthauskurses und des Militarismus hat er dem Wohle der überwältigenden Mehrheit seiner Wähler zuwidergehandelt.

Herbert Bismarck gehörte nicht, wie mancher irrtümlich annahm, zur konservativen Partei; er war der einzige Vertreter der Partei Bismarck, welche sich infolge des Gutes Schönhausen auch nach dem Tode „des größten Staatsmanns" im Wahlkreis Jerichow noch gehalten hat.

Warum Herbert Bismarck sich nicht der konservativen Fraktion anschließen konnte, obwohl er in den meisten Dingen mit ihr übereinstimmte, ist klar. So gefährlich die konservative Partei auch dem deutschen Volk als solchem ist, sie vertritt doch wenigstens noch ein Klasseninteresse, das der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer. Einen andern Standpunkt nahm die „Partei Bismarck" ein, welche nur das Wohl der Familie Bismarck zu fördern zur Aufgabe hatte und sich daher nicht in allen Fällen mit den Konservativen solidarisch erklären konnte.

Mit Herbert Bismarck ist ein Mann aus dem Leben geschieden, dessen Name kaum weiteren Kreisen bekannt geworden wäre, wenn er nicht der Sprößling jenes „eisernen" Kanzlers gewesen wäre, von dem Lassalle einst sagte: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechseln würden, so müssen wir doch gestehen: Er ist ein Mann!" Während der kurzen Zeit, während welcher Herbert Bismarck Minister und Unterstaatssekretär für das Auswärtige Amt gewesen ist, war er im wesentlichen nur das gehorsame Werkzeug seines Vaters. Hervortrat der Sohn des ersten Reichskanzlers nur bei einer Gelegenheit. Damals aber fing der Knabe Herbert an, seinem Erzeuger selbst fürchterlich zu werden, denn er hatte das unklare Samoa-Abkommen abgeschlossen, welches langjährige Streitigkeiten mit England und Amerika zur Folge hatte.

Mit auffallender Kühle nahmen die Provinzblättchen im Kreise Jerichow die Nachricht vom Tode Bismarcks auf. Wagt doch sogar das Amtsblatt für die Kreise Jerichow zu schreiben, daß eine Erregung bei seinem Tode nicht durchs Volk gehe, daß aber „unsre Kreise Grund und Ursache zu treuem Gedenken" hätten. Sonst hieß es immer: „An jedem vom Haus Bismarck hängt das ganze deutsche Volk in unerschütterlicher Hingebung" usw. Was das eigentliche Volk in Deutschland von Herbert Bismarck gehabt hat, glauben wir oben hinreichend gezeigt zu haben.

Wieder wie immer steht auch bei dieser Nachwahl die Sozialdemokratie als erste der Parteien auf dem Kampfplatz: Bekanntlich wurde bereits vor Monatsfrist auf der Kreiskonferenz für Jerichow 1 und 2 Genosse Stadtverordneter Karl Voigt-Gommern wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. Die Arbeit kann also sofort beginnen!

*

Der Dank vom Hause Bismarck.

Der Zufall will es, daß just jetzt folgende Notiz die Runde durch die Presse macht: Der frühere Arzt Dr. Chrysander, der dem Vater Herbert Bismarcks als Arzt und langjähriger Privatsekretär wertvolle Dienste geleistet und seine Gesundheit im Hause Bismarcks geopfert hat, ist im tiefsten Elend jetzt in der Irrenanstalt Friedrichsberg bei Hamburg gelandet, wo er als gänzlich Mittelloser auf Armenkosten verpflegt wird. —

+ **Gommern**, 20. September. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich, wie uns ein Privattelegramm meldet, gestern nachmittag in der Dampfmühle von K. Michaelis. Dort war der Müller Wetzel damit beschäftigt, während die Maschine in vollem Gange war, einen Riemen aufzulegen (!) wobei ihm ein Arm direkt durchgebrochen wurde. Ob W. eigenmächtig gehandelt hat oder ob das Riemenauflegen während des Betriebes dort ständiger Brauch ist, konnten wir noch nicht ermitteln. —

Neuhaldensleben-Wolmirstedt, 19. September. (An die Parteigenossen!) Am Sonntag, 23. Oktober 1904, findet in Hundisburg im Lokale des Herrn Langerbeck eine Kreisversammlung statt. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß seitens der Parteigenossen eine rege Agitation zu dieser Versammlung entfaltet werden muß. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Ferner wird nochmals das Ersuchen an die Kolporteure sowie Bezirksleiter gerichtet, den Abonnentenstand der „Volksstimme" sowie der Parteiliteratur an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins einzusenden.

Die Parteileitung.
J. A.: Wilhelm Ludwig, Olvenstedt

↕ **Staßfurt**, 20. September. (Eis gefroren) hat es in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Freien in der Nähe der Stadt.

Tangerhütte, 20. September. (Zur Metallarbeiterbewegung.) Die Arbeiter der Eisenhütte haben gestern ihre Forderungen an die Direktion eingereicht und die Verbandsleitung beauftragt, wenn dieselben abgelehnt werden, den Streik anzuordnen. Die Arbeiterschaft beschloß, sich mit aller Energie darauf vorzubereiten, daß der Ausstand prompt durchgeführt werde. Gefordert wird, daß die Maßreglungen unterbleiben und Mindestlöhne unter allen Umständen gezahlt werden. Die Stimmung der Leute ist eine gute. Lange genug haben sie unter den drückenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen ausgehalten. Die Besserung kann eben nicht von selbst, sondern muß erkämpft werden. —

✕ **Tangermünde**, 20. September. (Glücklich abgelaufen.) Auf der Bellinschen Schiffbauerei in Carlbau wurde der Schiffbauer A. Schulze gestern morgen beim Auflegen eines Treibriemens auf die Transmission von dem Treibriemen erfaßt und mehreremal auf und ab geschleudert. Die Maschine wurde sofort zum Stehen gebracht und Schulze aus seiner unglücklichen Lage befreit. Nachdem er längere Zeit ohne Bewußtsein gelegen hatte, erholte er sich wieder und konnte noch nach Hause gehen. Hoffentlich stellen sich keine schlimmen Folgen des Unfalls ein. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von religiösem Wahnsinn wurde in Braunschweig ein Arbeiter befallen. Während des Gottesdienstes in der Kapelle der dortigen apostolischen Gemeinde erhob sich der Arbeiter Vseiyeck und führte wirre Reden, durch die die Gemeinde in Erregung versetzt wurde. Als ihn eines der Gemeindemitglieder beschwichtigen wollte, ergriff Vseiyeck eine Wasserflasche und schlug sie ihm auf dem Kopfe entzwei. Jetzt legte sich die herbeigeholte Polizei ins Mittel. — Der in der Oelfabrik Zimmermann in Aken beschäftigte Arbeiter Wolfram geriet beim Schmieren der Räder in das Getriebe derselben, wodurch der sofortige Tod des armen Mannes herbeigeführt wurde. Er hinterläßt Frau und vier kleine Kinder. — Ein mit Mehl beladener Wagen brach in Grabow zusammen und fiel dem Invaliden E. Vannes auf den Körper. V. hat anscheinend eine leichte Lungenquetschung davongetragen. — Wie aus Erfurt gemeldet wird, ist die große Drohsinsche Kunstmahlmühle zu Bischleben bei Erfurt bis auf den Grund niedergebrannt. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf über 200 000 Mark. Das Feuer soll durch Warmlaufen einer Mühlwelle entstanden sein. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. September 1904.

Körperverletzung. Der Drehorgelspieler Karl Stolze hier, geboren 1851, geriet am 3. August d. J. mit dem Drehorgelspieler Dorandt in Wortwechsel und versetzte ihm mit dem Brotmesser einen Stich in den Rücken. Der Verletzte war 4 Wochen lang arbeitsunfähig. Die Kammer erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. —

Vermischte Nachrichten.

* **Ein Schmutzregen.** Das Regenwasser ist nicht etwa chemisch reines Wasser, sondern nimmt auf dem Wege zur Erde immer gewisse Stoffe aus der Luft auf. Das lehrt schon seine oberflächliche chemische oder mikroskopische Untersuchung. Je mehr Staub und Ruß in der Luft enthalten ist, desto mehr werden sich die Regentropfen damit beladen, und daraus folgt die sattsam bekannte Tatsache, daß der Regen, der über industriereiche Ortschaften niedergeht, meist ein recht schmutziges Gewässer darstellt. Ein eigentlicher Schmutzregen, wie er weit seltener beobachtet wird, ist aber noch etwas andres, weil bei ihm die Verunreinigung zunächst erheblich stärker und dann auch schwerer erklärlich ist. Eine solche Naturerscheinung, die durch besondere Umstände noch merkwürdiger wird, beschreibt ein Mitarbeiter der „Nature". An ganz ruhigen Tagen nahm er wahr, daß ein schwerer Regenschauer einen schwarzen fettigen Niederschlag mit sich brachte, der namentlich auf der Oberfläche von Teichen bemerkbar wurde und auf dieser die Bildung einer schlammartigen Schicht veranlaßte. Auf allen hellen Flächen, z. B. auf weißgestrichenen Booten, verursachte er einen schmutzigen Ueberzug, der nur durch scharfes Reiben mit Seifenwasser zu beseitigen war. Der schwarze Niederschlag wurde auch gesammelt und chemisch geprüft, enthielt aber keine organischen Bestandteile. Die Erscheinung zeigte sich an dem betreffenden Ort nur bei bestimmter Windrichtung. Sonderbar ist der Umstand, daß sich beim Eintritt eines solchen Regens auf den Wasserflächen zunächst vereinzelte dunkle Flecken bilden, die dann immer größer werden. Wird ein Stück Papier an einer solchen Stelle ins Wasser getaucht, so bleibt der Schmutz daran hängen. In Süd-England ist das Landvolk mit diesem Phänomen ganz vertraut, und betrachtet es als ein Vorzeichen für anhaltend schlechtes Wetter. —

* **Plaudernde Ozeandampfer.** Mit der letzten Ankunft des Hamburger Schnelldampfers „Deutschland" in Hamburg sind interessante Marconi-Bordzeitungen eingetroffen, die zeigen, wie das Preßwesen auf hoher See fortschreitet und die Einsamkeit des Weltmeeres immer mehr schwindet. Die „Deutschland" legte die Ostwärts-Reise von Landmarke zu Landmarke über den Atlantischen Ozean in 5 Tagen 10 Stunden 43 Minuten zurück, eine gute Reise, da die schnellste nur 8 Stunden weniger Zeit beanspruchte und das Wetter in den letzten Reisetagen sehr stürmisch war. Während der Ueberfahrt war das Schiff nun täglich in Verbindung mit Landstationen oder Marconistationen andrer nordatlantischen Dampfer. Kein Tag ohne Gespräche zwischen ost- und westwärts steuernden Dampfern, die sich nicht sehen, die Meilen und Meilen trennen, auf offenem Weltmeer, Tagereisen weit von jeder Küste entfernt. Die landfremdesten Ozeanwellen hören, was ihre Geschwister in andern Meeresgegenden treiben, was in Berlin, in St. Petersburg, in Port Arthur, in Liaojang unter fernen Menschenkindern vorgeht. Am ersten Reisetage sprach die „Deutschland" mit zwei Landstationen vor New-York, während des Nachmittags und der Nacht mit drei Ozeandampfern, am zweiten Tage mit vier Dampfern, am dritten und vierten Reisetage mit je einem, am fünften mit zwei Dampfern. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß jetzt bereits alle größeren Reedereien der nordatlantischen Fahrt, insbesondere die Hamburg—Amerika-Linie (auf fünf Dampfern), der Norddeutsche Lloyd, die Holland—Amerika-Linie, die Allan, American, Red Star, Cunard, Atlantic Transport Line, die Cie. Generale Transatlantique und andre ihre Passagierdampfer mit Marconi-Apparaten ausgestattet haben. Insgesamt haben 47 Schnelldampfer der verschiedensten Nationen diese Einrichtung. Eine Ausnahme machen bisher nur die Dampfer der White Star Line, aber es ist zu erwarten, daß auch diese Reederei ihre Schiffe bald mit Marconi-Apparaten ausrüstet. —

Kleine Chronik.

Der Fall Mattachich in Berlin.

Auch die Berliner Gerichte werden sich nunmehr mit der Affäre der Prinzessin Luise von Koburg und Mattachich zu beschäftigen haben und vielleicht sogar berufen sein, das entscheidende Wort in dieser Angelegenheit zu sprechen. Wie dem Pariser Korrespondenten der Berliner „Volkszeitung" mitgeteilt wird, hat Mattachich soeben beschlossen, gegen den Hofrat Pierson wegen der Erklärungen, die er in einem Berliner Blatte abgegeben hat, bei den Berliner Gerichten die Beleidigungsklage anzustrengen. Pierson hatte erstens gesagt, Mattachich habe die Prinzessin aus pekuniären Gründen entführt, und zweitens, die Prinzessin wäre jetzt in einem schlimmeren Gefängnis als in Lindenhof. In beiden Bemerkungen sieht Mattachich verleumderische Beleidigungen. Mattachich will die Gelegenheit benutzen, um seine ganze Angelegenheit einmal vor einem nichtösterreichischen Gericht zur Erörterung zu bringen, und gedenkt, dem Prozeß, der eine völlige Klarheit über seinen Fall schaffen soll, eine möglichst große Ausdehnung zu geben.

Schmutzfink Harden.

Was er anfaßt, ist „verdreckt", wie der Magdeburger sagt. Im letzten Heft der „Zukunft" „bespricht" er die Flucht der Prinzessin Luise — mit welchem „Erfolg", zeigt folgende öffentliche Erklärung unsres Genossen Südekum:

„Ich würde keine volle Genugtuung über den Erfolg meiner bescheidenen Bemühungen bei der Flucht der Prinzessin von Koburg empfunden haben, wenn ich bei dieser Gelegenheit nicht von Herrn Harden angeferkelt worden wäre. Es hat lange gedauert, bis er eine Gelegenheit fand, die ihm günstig schien, mir etwas anzuhängen; ich selbst hoffe nur, daß ich giftigen Verleumdern in meinem Leben nie einen schlechteren Anlaß geben möge, über mich herzufallen.

Die Darstellung, die Herr Harden von dem Vorleben der Prinzessin und vom Prozeß Mattachich gibt, hätte von den sicheren Herren Bachrach und Barber in Wien nicht tendenziöser gefärbt werden können, enthält übrigens direkte Unwahrheiten. Wer sich für die Sache interessiert, den bitte ich, zu der Broschüre unsres Wiener Parteigenossen Fritz Austerlitz zu greifen „Ein Militärurteil in Oesterreich. Nach gerichtlichen Akten. Wien 1902. Verlag von Ignaz Brand." Darin wird er unter anderm auch den Nachweis finden, daß ein von Herrn Harden als Zeuge aufgerufener und als „Soziologe und Philosoph von ganz ungewöhnlicher Intelligenz und stolzestem Selbstbewußtsein" gepriesener österreichischer General ein Militärgerichtsurteil unterschrieben hat, das ihm im österreichischen Reichsrat den Vorwurf ungewöhnlicher Fahrlässigkeit oder bewußter Beugung des Rechts eintrug. Daß dieser General Ratzenhofer Mitarbeiter der „Zukunft" ist und infolgedessen offenbar für Herrn Harden zurzeit über jeden Verdacht erhaben, ändert an dem Sachverhalt gar nichts.

Ich würde mir auch diese Feststellung der ungewöhnlichen Fahrlässigkeit des Herrn Harden oder seiner bewußten Beugung der Wahrheit erspart haben, wenn ich nicht meiner Stellung im öffentlichen Leben eine positive Berichtigung schuldig wäre. Herr Harden sagt („Zukunft" vom 17. September, Seite 438): „Ich würdige vollkommen die Motive . . . des Proletariers Südekum, der . . . schon für die Kronprinzessin von Sachsen, die sich dankbar erwies, fast so feurig eintrat usw." Wenn Herr Harden die tertianerhafte Geschmacklosigkeit begeht, in einen Relativsatz einen andern einzuschachteln, dann plant er gewiß eine besondere Büberei. Hier liegt sie auf der Hand. Nur läßt Herr Harden in einem ungewissen Dunkel, ob die „Dankbarkeit" der früheren Kronprinzessin metallischer Natur war, oder ob jene Frau meine Maitresse wurde. Dem Verleumderstückchen, so jedem schmierigen Verdachte das Tor zu öffnen, mache ich mit der Erklärung ein Ende, daß ich von der früheren Kronprinzessin von Sachsen niemals einen wie immer gearteten Dank erwartet, erbeten, erhalten oder versprochen erhalten habe. Vielleicht beruhigt sich dabei auch das in edler Entrüstung über mein verworfenes Treiben hochaufschäumende Gemüt des Herrn Maximilian Harden alias Wittkowski." —

Der heilige Bureaukratismus.

Eine Lehrerin in Herten hatte eine Eingabe an die königliche Regierung gemacht, zu diesem Schriftstück hatte sie einen Bogen sogenanntes Adlerpapier benutzt. Sie übergab die Eingabe dem Ortsschulinspektor zur gefälligen Weiterbeförderung. Dieser aber stellte ihr das Schriftstück nach der „Westd. Lehrer-Ztg." wieder zu und ersuchte sie, es noch einmal anzufertigen, weil der Adler, nämlich das Wasserzeichen im Papier — auf dem Kopfe steht! —

Kleine Tageschronik. Der Luftschiffer O. Liesche aus Hamburg, der in Ihrhoe im Netz ohne Gondel aufgestiegen war, ist in der Nähe von Wilster bei dem Landungsversuch abgestürzt und hat schwere innere Verletzungen sowie Arm- und Beinbrüche erlitten. — Hauptmann a. D. Heinrich v. Skal in Frankenstein, der von der Glatzer Strafkammer wegen Beleidigung und Bedrohung zweier Polizeibeamten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, hat sich erschossen. —

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Wir empfehlen nach amtlichem Gewicht unsre vorzüglichen

Pa. Karbitzer Stückkohlen mit **75** Pf. frei Keller

Wir hoffen, Anfang Oktober mit den rückständigen Lieferungen beginnen zu können, da augenblicklich eine Besserung der Wasserverhältnisse einzutreten scheint. Die Erledigung der Aufträge erfolgt der Reihe der Einzahlung nach.

Der Vorstand. W. Leue, Königstr. 18.

Neu eingerichtet **Neu**

616 **Auf Teilzahlung**

offeriere

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

Herren- und Kinder-Garderobe

fertig und nach Maß.

Ferner

schwarze und farbige Kleiderstoffe

Auf Teilzahlung!

Theod. Matthies

Breiteweg 82, I.

Ecke Venedischestraße.

Neu eingerichtet **Neu**

Bureau und Lager: Magdeburg, Viktoriastrasse 9. Tel. No. 769.

Vertreter: **Emil Hevemeyer & Co.** 630

Auktion. Täglich Annahme von Gegenständen aller Art zur öffentlichen Versteigerung. Abrechnung sofort.
704 **Berthold Wolff,** Auktionator, **Schwerlfegerstr. 14.**

Täglich kommen zum **Verkauf**
Große Posten moderne Winter-Paletots, Joppen, Jackett-Anzüge, Gehrock- u. Rock-Anzüge, Hosen, Kinder-Anzüge sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben und
Schuhwaren
aller Art für Herren, Damen und Kinder.
705 **B. Wolff,** Schwerlfegerstr. 14.

Einem geehrten Publikum von **Magdeburg-Neustadt** die ergebene Mitteilung, daß ich hierselbst
Moritzplatz 2
eine 277
Brot-, Weiß- und Fein-Bäckerei
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute und schmackhafte Waren zu führen und bitte um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Hermann Neumann, Bäckermeister.

Nähmaschine hocharm. Sing. unter Garantie billig zu verk. Bahnhofstr. 54, pt. r.

Pfirsiche, ca. 25 Pfund, 40 Pf. das Pfund, sind noch abzugeben **Nogätzerstr. 86a,** Hof, 1 Tr. r.

Schroidorferstr. 1a **Schroidorferstr. 1a**

Grosser
Möbel-Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.
Nie wiederkehrende Gelegenheit
für Brautleute und jeden Möbelkäufer, schon jetzt seinen Bedarf 17
spottbillig einzukaufen!

Das Lager besteht aus verschiedenen Salons in alt-mahagoni, nußbaum und hell-nußbaum, eichenen und nußbaum Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern in Satin, nußbaum und alt-mahagoni, Herren-Schreibtischen von 58 Mk. bis 200 Mk., Büfetts von 130 Mk. an, Kleiderschränken 22, 30, 36 und 75 Mk., Bücherschränken und Büchertruhen von 68 Mk. an, hochfeine Plüschgarnituren von 140 Mk. an sowie Sattelstschen-Diwans v. 60 Mk. an, Bettstellen mit Matratzen von 30 Mk. an.

Sämtliche Sachen können ohne jeden Kaufzwang besichtigt werden, um sich von der wirklich guten, gediegenen Arbeit zu festen billigen Preisen zu überzeugen.

Mache besonders darauf aufmerksam, daß sämtliche jetzt schon gekauften Möbel bis zum Gebrauch kostenfrei lagern können.

M. Kelling
Schroidorferstr. 1a.

Sudenburg.
M. Stahnke
Hut- und Mützenfabrik
Pelzwaren
empfiehlt nur **Neuheiten.**
Billigste Preisstellung, 669
reellste Bedienung.
Hüte- und Pelzwaren-Reparaturen prompt und billigst.
39a Halberstädterstr. 39a.

Knopf- u. Schnürst. **Fabrikpreise**
Wilhelm Brandt
Gegr. 1847
Schuhwarenhaus
594
Magdeburg-Buckau
Ecke Gärtnerstraße

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co. in Radebeul erzeugt rosiges jugendfrisches Aussehen, weisse samtweiche Haut, blendend schönen Teint, beseitigt Sommersprossen und Hautunreinigkeiten.
à St. 50 Pf. bei 2377
Viktoria-Apotheke, Kaiserstr. 94b.
Löwen-Apotheke, Alte Markt 22.
Hirsch-Apotheke, Breiteweg 121.
Max Kühn, Annastrasse 1.
H. Jentzsch, Alte Markt 28.

Preiselbeeren
à Pfd. 20 Pf., Einmachepflaumen, 5 Pfd. 40 Pf., Eßbirnen, 5 Pfd. 35 Pf.
279 **Gr. Diesdorferstr. 21.**

Zahn-Atelier
Richard Sass 562
56 Breiteweg 56.
Teilzahlung gestattet.
Woche 1 Mark (ohne Preiserhöhung).
Strengste Diskretion zugesichert.
Zahnziehen schmerzlos.

Zeige allen meinen Freunden und Bekannten hiermit an, daß ich wie im Vorjahre wieder auf der Messe auf dem alten Stande ausstehe und empfehle 683
ff. Reichswürstchen
ff. Saucischen und Jauersche.
A. Keppler, Inh. Willy Keppler
Wurstfabrik mit Dampfbetrieb.

Grösstes Hausbackenbrot
von ganz vorzüglichem Geschmack und schwerstem Gewicht, für größeren Haushalt sehr vorteilhaft, ebenso mein kräftiges
Hamburger Schwarzbrot
ebenfalls sehr wohlschm., für sparf. Hausfrauen sehr rent., empfiehlt
Die Bäckerei von W. Dannehl
700 mit elektrischem Betrieb.

Städtische Arbeitsnachweisstelle Magdeburg.
Männliche Abteilung Faßlochsberg 13 | **Weibliche Abteilung** Zschokkestraße 1
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2156.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften aller Art, sowie einfachem und feinerem Personal **nach hier und außerhalb.**

Achtung! An sämtliche **Achtung!**
Huf-, Wagen-, Maschinen- u. Kesselschmiede in Magdeburg und Umgegend! 673
Donnerstag den 22. September 1904, abends 8½ Uhr, in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28
Grosse öffentliche Versammlung
aller Schmiede und aller in Schmiedereien beschäft. Personen.
Tages-Ordnung:
1. Der Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen, und wie ist er zu erhöhen? Referent: Redakteur Dr. August Müller. 2. Unsre Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Diese Versammlung soll uns zeigen, ob auch wir gewillt sind, unsre Lage zu verbessern, und es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Konkursmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Achtung!
Billig! Billig! Billig!
Ein großer Posten feiner **Schuhwaren,** als Herren-, Damen- und Kinder-Schnür-, Knopfschuhe und Stiefeln, ff. Lackspangen-, Chic- und Strandschuhe, auch aus Konkursmassen stammende Waren, nur
276 **Jakobstr. 7,**

Parteilokal
in Industriestadt zu verkaufen. Gebäude neu, Parkettsaal, 6 Vereine, Bierumsatz 370 Ton. in ¼ Ltr. à 10 Pf., ca. 5000 Fl. andre Getränke, 2 Ztr. Kaffee, 40 Mille Zigarren. Zur Uebernahme muß Käufer 5000 Mk. selbst haben. Nachw. sichere Existenz. Offert. unter **55** an die Exped. d. Bl. 281

Burg, Oberstr. 86
Lager fertiger Särge
in jeder Ausführung
Möbel in allen Holzarten
empfiehlt 2910
G. Stollberg
Burg, Oberstraße 86.
Bestellungen und Zahlungen für mich werden im Möbelgeschäft **Zerbsterstraße Nr. 9,** neben dem Konsum-Vereinslager, entgegengenommen.

Konsumverein „Biene"
699 **für Schönebeck a. Elbe und Umgegend**
E. G. mit beschränkter Haftpflicht.

Zum Schluß des Geschäftsjahres.
Unsre Mitglieder werden dringend ersucht, sämtliche **kleinen Gegenmarken** bis zum **29. September** ds. Js. gegen **größere** im **Verkaufslager umzuwechseln.** Nachdem findet ein **Umtausch nicht mehr statt.** Am **Freitag den 30. September** ds. Js. werden die **Verkaufslager** wegen Aufnahme der Warenbestände von **mittags 1 Uhr** für den Verkehr **geschlossen.**
Der Vorstand.

Halberstadt. **Halberstadt.**
Arbeiter-Turnverein „Freiheit".
Sonnabend den 24. September, abends von 8 Uhr ab, findet im **„Odeum"** unser diesjähriges 19
Stiftungsfest
statt, wozu freundlichst einladet **Das Komitee.**

Halberstadt. **Achtung!** **Halberstadt.**
Restaurant zur Palme
4/10 Seidel 10 Pf. | 4/10 Seidel 10 Pf.
Donnerstag den 22. September abends von 7 Uhr ab
Große Einweihungsfeier
meines renovierten und vergrößerten Lokales, bestehend in **Zitherkonzert und Gesang.** Ausschank von ff. **Röderhofer Lagerbier,** 4/10 Seidel 10 Pf. Für gute Speisen und Getränke sowie aufmerksame Bedienung werde ich stets Sorge tragen. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein **Rob. Biegelmeier.**
4/10 Seidel 10 Pf. | 4/10 Seidel 10 Pf.

Taubendung kauft H. Schrader Wallstraße 1a.

Anst. Schlafst. Neustädterstr. 8a, III. r.

Preiselbeeren.
Mittwoch den 21. d. M. trifft auf hiesigem Wochenmarkt ein großer Posten prima frische **Preiselbeeren** ein; verkaufe das Pfund zu **20 Pf.**
278 **Striebing.**

Pfand-Versteigerung.
Am Donnerstag d. 22. September d. J., nachmittags von 2 Uhr ab, sollen in meinem Geschäftslokale
Magdbg.-Neustadt
Lenhaldensleberstr. 44
alle die in den Monaten November und Dezember 1903 verpfändeten bezw. erneuerten sub Nr. 27296 bis 28900 meines Pfandbuches verzeichneten Gegenstände öffentlich meistbietend durch den Auktionator Herrn Biesenthal versteigert werden, welche bis dahin weder eingelöst noch erneuert worden sind.
643 **B. Schmidt.**

Sudenburg.
Mittwoch
Frische Wurst.
Freitag und Sonnabend
Knoblauchswurst.
Fr. Goeseke,
Kurfürstenstraße 32.

Als Putzmacherin
empfiehlt sich 284
Luitgarde Dietz
Immermannstraße 10, v. 1 Tr.

---

3 Zwickerinnen
nicht 652
August Schmid
Pantoffelfabrik
Leopoldstraße 6.

Tücht. Zwicker und Frau zum Einsassen sucht **A. Rosenburg,** Ankerstr. 1.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 22. September.
Das Nachtlager in Granada.
Hierauf:
Ballett-Divertissement.

Bitte ausschneiden
Vorzugskarte
für das
1. Magdeb. Theater
lebender sprechender singender und musizierender
Photographien!
Alle 8 Tage 283
neues Programm!
Gültig für 1—5 Personen.
Inhaber dieses **Bons**
zahlt auf allen Plätzen
nur 10 Pfennig.
Breiteweg 129
Gegenüber der Katharinenkirche — Gegenüber der Katharinenkirche

---

Walhalla.
Täglich abends 8 Uhr
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.

Zirkus
Allabendlich 8 Uhr:
Der Fund im Biederitzer Busch.
Sensations-Schauspiel in 7 Bildern von Crome-Schwiening.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 222. Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1904. 15. Jahrgang.

Hirsch-Dunckersche Werbeapostel an der Arbeit.

Herr Gleichauf, der bekannte Wanderredner der Gewerkvereine, sucht zurzeit im Regierungsbezirk Magdeburg neue Anhänger. Am Sonntag den 18. d. M., nachmittags, war er in Schönebeck, allwo im Mesenbergschen Lokal eine gut besuchte öffentliche Gewerkvereinsversammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter tagte. Zu der Versammlung waren neben mehreren Magdeburger Gewerkvereinsmitgliedern auch einige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus Magdeburg erschienen. Gleich am Anfang fand eine lebhafte Geschäftsordnungs-Debatte statt, weil die Gewerkvereinsmitglieder, ohne die Versammlung zu befragen, mir nichts dir nichts die Leitung des Bureaus übernommen hatten und auch behielten, trotz des Protestes der Mehrzahl der Anwesenden.

Das Referat hielt Herr Gleichauf aus Berlin. Dieser „geniale Förderer der Arbeiterinteressen" ist alles mögliche in höchsteigner Person. Er ist Sozialpolitiker (und was für einer!), Mitglied des Generalrats, Wanderredner, Friedensschalmeienbläser, Gewerkschaftsvernichter, Sozialistentöter und, um das Beste nicht zu vergessen, Besitzer eines treu behüteten und gepflegten Kleinodes, nämlich eines umfangreichen Zitatenalbums in Gestalt eines Schüler diariums. Darin stehen all die Greueltaten, die der Metallarbeiter-Verband schon verübt hat, hübsch geordnet beieinander — stets fertig zum Gebrauch. Herr Gleichauf bedachte in seinem „Referat" alle, die seiner Meinung nach schuld daran wären, daß die Gewerkvereine nicht zu Einfluß und Ansehen kämen. Der Terrorismus des starken (wehmütig gestand er die Stärke ein) Metallarbeiter-Verbandes, der jetzt, zu des Redners Freude, angeblich eine furchtbare Niederlage erlitten hätte, der „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft", Genosse Bebel, die „mit dem Parteiprogramm in Konflikt geratenen" sozialdemokratischen Stadtverordneten Magdeburgs, die angestrebte „Diktatur und Alleinherrschaft" der modernen Gewerkschaften, alles mußte dazu herhalten, die laue und arbeiterfeindliche Kampfesweise der Gewerkvereine zu vertuschen und sie als die idealste Arbeitervereinigung hinzustellen.

Ihm antwortete der Magdeburger Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Brandes. In packender und überzeugender Rede widerlegte er die Ausführungen des Herrn Gleichauf, bewies an der Hand von Tatsachen die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der Gewerkvereine und beleuchtete drastisch die gehässigen Verleumdungen der Gewerkvereinsführer. Alsdann verteidigte Brandes den „Millionär" Bebel und sagte u. a.:

„Die ganze Arbeiterschaft gönnt es dem greisen Führer der Sozialdemokratie von Herzen, daß er jetzt in seinen alten Tagen befreit ist von der Sorge um das tägliche Brot, daß ihr dadurch die Gewähr geboten, daß er ihr noch recht lange erhalten bleiben wird. Nach Hunderten von Jahren wird das internationale Proletariat ihrem einstigen Führer noch Dank wissen und Verehrung zollen als dem Manne, der sein ganzes Leben geopfert hat für den Sozialismus und für die Befreiung der Arbeiterklasse!"

Als dies Brandes begeistert ausrief, erhob sich donnernder Jubel und brausender Beifall, der immer wieder von neuem losbrach und den Redner einige Minuten lang nicht zu Worte kommen ließ. Der Beifall war so stark, daß zweifelsohne auch sehr viele Gewerkvereinsmitglieder mit eingestimmt haben müssen. Dann bemerkte Genosse Brandes noch, daß sein Vorgehen im Stadtverordneten-Kollegium bei der Beratung über die Gewerbegerichtswahlen nicht nur von seinen Wählern, sondern von allen Arbeitern, die noch Gerechtigkeitsgefühl besäßen, gebilligt worden wäre.

Einem Gewerkvereinsmitgliede, Herrn Franke, passierte es, daß er sich von der „Nervosität" des Genossen Brandes anstecken ließ und nun dadurch sich zu heilen versuchte, daß er unausgesetzt durch Zwischenrufe und höhnische Bemerkungen den Redner unterbrach. (Wenn jemand am Vorstandstisch sitzt, also zur Leitung gehört, so müßte man ihm doch zu allererst zutrauen, daß er selbst die größte Ruhe bewahrt, um durch sein Beispiel besänftigend auf eine erregte Versammlung einzuwirken. D. B.)

Herr Gleichauf war durch das Auftreten Brandes' etwas aus dem Gleichgewicht geraten. Die „gründliche" Widerlegung glückte ihm nicht. In seiner Hilflosigkeit griff er zu dem „Diarium" (wie es aus der Mitte der Versammlung genannt wurde), erntete aber nur lautes Gelächter der Anwesenden. Das Zitaten-Diarium half ihm, den Metallarbeiter-Verband mausetot zu schlagen. Doch der eben „zermalmte, kurz und klein gehauene" Verband verspürte nicht die geringste Lust, den Toten zu markieren. Die Leitung der Versammlung machte bei der nächsten Worterteilung die üblichen Schiebungen, indem die Gewerkvereinler den Verbandsmitgliedern, die sich viel früher zum Wort gemeldet hatten, vorgezogen wurden. Dagegen protestierte natürlich der größte Teil der Versammlung. Es entspann sich eine hitzige Geschäftsordnungs-Debatte. Die Versammlung wurde immer erregter, bis der überwachende Beamte würdevoll vortrat und die Versammlung schloß. Ein Magdeburger sprang auf einen Stuhl und brachte ein Hoch auf den Metallarbeiter-Verband aus, das von der Mehrzahl der Anwesenden begeistert aufgenommen wurde und im Gesang des Sozialisten-Marsches einen erhebenden Abschluß fand.

Ein neues Mitglied scheint der Metallarbeiter-Verband dabei mindestens gewonnen zu haben. Herr Franke, der von der angeblichen „Nervosität" eines seiner Mitmenschen infizierte Gewerkvereinler, hielt dem Genossen Brandes während der Antwort des Herrn Gleichauf privatim einen herrlichen Vortrag über Arbeiterbewegung, von dem nur zu bedauern ist, daß er nicht in Broschürenform erscheint. Er wäre vortrefflich geeignet, einem jeden Arbeiter einige vergnügte Stunden zu bereiten. Nach Schluß der Versammlung umarmte Herr Franke den Genossen Brandes wie ein liebedurstiges junges Mädchen ihren Anbeter, und er wachte eifersüchtig darüber, daß er ihm nicht von seinen Freunden entführt wurde. Der Gewerkverein ist zu bemitleiden, jetzt hat er schon wieder ein Mitglied verloren. Also scheint es nichts zu werden mit der von Herrn Gleichauf angekündigten gewaltigen Mitgliederzunahme in den nächsten Monaten.

Vielleicht erlebt der Herr auch in den übrigen Orten unsres Verbreitungsbezirks eine ebenso verdiente Niederlage. Die organisierten klassenbewußten Metallarbeiter allerorts mögen dafür sorgen! —

Provinz und Umgegend.

Polizeibehörden und Regierungspräsident.

Schon vielfach ist es vorgekommen, daß Kammergericht und Oberverwaltungsgericht Verordnungen der Polizeibehörden für ungültig erklärt haben. Von einer besonderen Gesetzeskenntnis der Polizeibehörden spricht dieser Umstand gerade nicht. Selbst den ungebildetsten Arbeiter schützt die Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe. Da ist es doch auffällig, daß Polizeibehörden Verordnungen erlassen, deren Befolgung sie verlangen, jeden Uebertreter einer solchen Verordnung zur Bestrafung bringen, und nachher stellt sich die Ungesetzlichkeit der Verordnung heraus. Die Erscheinung gefällt selbst den Regierungspräsidenten nicht. Ebenso wie der in Frankfurt a. O. hat nun auch der Regierungspräsident in Schleswig (nicht auch in Magdeburg?) deshalb eine Verfügung erlassen, nach der die Befugnisse der Polizeibehörden ländlicher und städtischer Ortschaften eingeschränkt werden. Sie dürfen nur in dringlichen Fällen ohne Prüfung durch die vorgesetzte Behörde Verordnungen erlassen. Im übrigen sollen die ländlichen Polizeibehörden vorher den Landräten die zu erlassenden Polizeiverordnungen im Entwurf unterbreiten, damit festgestellt werde, daß sie keine formalen Mängel enthalten oder die durch Gesetzgebung und die Rechtsprechung festgelegten Grenzen der polizeilichen Befugnisse nicht überschreiten. Wenn der Landrat diese Entscheidung nicht zu treffen vermag, hat er die Meinung des Regierungspräsidenten einzuholen. Letzterer wird auch sämtliche Polizeiverordnungen, die für städtische Gemeinden erlassen werden sollen, vor der Veröffentlichung einer Prüfung unterziehen.

Um die Belehrung vollständig zu machen, wäre noch zu empfehlen, daß auch der Minister an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten einen ähnlichen Erlaß richtet. Von dem Geschick, für ungesetzlich erklärt zu werden, sind nämlich nicht nur Polizeiverordnungen der unteren Behörden ereilt worden, auch Verordnungen der Regierungspräsidenten wurden schon davon betroffen. Es sei nur an die vielen Urteile in Stendal usw. erinnert, die der Verfrommungsordnung des Oberpräsidenten direkt widersprechen! Unsrer Ansicht nach kann die Polizeigewalt der unteren und oberen Behörden gar nicht genug eingeschränkt werden.

Kl.-Ottersleben, 19. September. (In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung) wurde bekannt gegeben, daß der Haushaltsplan mit 29 540 Mark Einnahme und 15 236,31 Mark Ausgabe abschließt, so daß ein Kassenbestand von 14 304,34 Mark zu verzeichnen ist. Von unsern Vertretern wurde gefordert, daß die Gemeinde öffentlich bekannt geben solle, daß das Magdeburger Krankenhaus hiesige Gemeindemitglieder nicht aufnehme, sondern sie das Kahlenbergstift aufzusuchen zwinge. Der Vorsitzende erklärte, das sei nicht nötig und dabei blieb es leider, da die Mehrheit nicht zu widersprechen wagte. —

Oschersleben, 19. September. (Kartellsitzung.) Bei der am Sonnabend abend abgehaltenen Kartellsitzung fehlte nur der Delegierte des Brauereiarbeiter-Verbands Büchner. Das Kartell nahm von dem ständigen Fehlen desselben Notiz und verurteilte die Handlungen Büchners aufs schärfste. Weitere Schritte

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(5. Fortsetzung.)

Marianne kehrte auf ihren Platz zurück, ganz verstört um sich blickend. Ihr war zu Mut, als hätte sie einen Peitschenschlag erhalten. Von dem Tage an hatte sie eine tödliche Wut gegen den Leutnant Klinghammer. So stark war ihr Abscheu, daß sie nie wieder aufs Eis ging, um ihm nicht zu begegnen.

Mehr als ein Vierteljahr war seitdem vergangen, als ihr das Unglück im Wald begegnete. Seelenvergnügt, in dieser grundlosen Lustigkeit, die sie oft ebenso wie die schwarze Melancholie überfallen konnte, war sie an dem Sonntag durch die Buchen geschlendert, den Sonnenschirm wie ein Gewehr über der Schulter, den Strohhut in der Hand schwenkend, und hatte dabei gedacht: „Wenn heute der Pastor Klinghammer nicht vom Frühling predigt, nicht von der Seligkeit des Lebens, wenn er etwa Asche streuen sollte statt grüner Maien, dann schwänze ich seine Kirche, dann kann er mir gestohlen bleiben, dann predige ich mir selbst was hier im Hain." — In solchen Gedanken war sie dahinspaziert, als sie plötzlich, wie wenn das Uhrwerk ihres Innern mit einem Schlage stillstünde, fühlte, daß sie sich nicht mehr rühren konnte. Und auf ihrer Taille merkte sie zwei schmutzig rote Hände mit langen, schwarzen Nägeln. Der Schreck über diesen Anblick, dieser eine kurze Moment war entsetzlich. Sie stieß einen gellenden Schrei aus, während von überallher schwarze Flüssigkeit in ihre Augen schoß. Was weiter geschah, empfand sie kaum noch. Sie hörte Durcheinanderschreien, einen Fall in knackendes Gebüsch, einen widerwärtigen Ton wie das Krietschen eines Nagels über Seide. Allmählich wurde ihr Bewußtsein klarer, es quälte sie nur, daß sie die Augen nicht aufmachen konnte. Aber einen neuen furchtbaren Schreck bekam sie, als jemand sie unter dem Rücken faßte, dann erst das eine, darauf das andre Bein ergriff und sie hochhob. Sie wehrte sich, krümmte den Rücken, brachte auch abgerissene Worte heraus, aber der Mann fing an zu fluchen, hielt sie nur noch fester und lief mit ihr davon. Erst als sie merkte, wie etwas Heißes, was ein unerträglich kitzelndes Gefühl verursachte, ihr auf Stirn und Wangen tropfte, vermochte sie die Augen zu öffnen. Und da erkannte sie den Leutnant Klinghammer. Blut rann in breiten Strömen über sein Gesicht, hing in den Augenbrauen und fiel in dicken Tropfen von seinem struppigen Schnurrbart. Sein Atemholen war ein fast ununterbrochenes, röchelndes Stöhnen. Sie wollte sich losmachen in diesem Gefühl von Widerwillen und Furcht. Aber sie verlor von neuem das Bewußtsein und kam erst wieder zu sich, als man ihr in einem fremden Zimmer das Gesicht mit Essig wusch.

Diese beiden Eindrücke hatten sich ihr eingeprägt, und davon wurde sie während der nächsten Tage und Nächte unaufhörlich gequält: das ruckartige Anhalten zugleich mit dem Anblick der beiden schmutzigen Hände und das Anstarren des blutbeströmten Gesichts ihres Retters. Die Angst vor diesen qualvollen Vorstellungen ließ sie kaum begreifen, aus welcher Gefahr sie befreit war, und das Gefühl der Dankbarkeit nicht in ihr aufkommen.

Und jetzt, nachdem sie von ihrem Haß gegen den Leutnant einmal gesprochen hatte, stand er gleichsam mit plastischer Lebendigkeit vor ihr.

Während sie nachmittags auf ihrem Zimmer saß, waren alle Schrecken ihrer kaum beruhigten Einbildung wieder erwacht. Immer wieder spielten die blutigen Vorgänge sich in ihr ab. Und immer wieder sagte sie sich, daß es derselbe Mensch sei, der sie damals so brutal an sich gerissen und geküßt hatte und der jetzt ihretwegen im Fieber lag. Derselbe Mensch: dem sie ihr Leben verdankte, und den sie doch hassen mußte. Aber nachdem sie ihr Herz mit Bitterkeit förmlich überladen hatte, kam ihr dies Gefühl auf einmal unnatürlich vor. Ein Grauen befiel sie über ihre Unversöhnlichkeit. Und sie redete sich schließlich ein, daß sie selbst an seinem Tode schuld sein würde. Sie brauchte nur zu wollen, nur in Güte an ihn zu denken, dann würde er gesund werden. Da fing sie in ihrer Verzweiflung an, für sein Leben zu beten. Aber mitten im Gebet hörte sie auf und dachte: „Ich haß' ihn trotzdem und werde nie aufhören ihn zu hassen."

*

Einige Tage später hörte Marianne durch ihren Vater, daß es dem Leutnant schlechter ginge. Von Gewissensbissen getrieben, suchte sie deshalb Frau Superintendent auf, die, selbst kaum von ihrer Krankheit genesen, am Bett ihres Sohnes weilte.

„Gehen Sie nur rein," sagte Frau Zellien. „Ich weiß, daß die Frau Pfarr' drin ist."

Da das Zimmer leer war, nahm Marianne Platz und wartete. Von nebenan hörte sie ein undeutliches Geräusch. Gleich darauf öffnete Frau Klinghammer behutsam die Tür und trat mit einem schweren Scheuereimer in der Hand ein. Als sie das junge Mädchen gewahr wurde, fuhr sie zusammen.

„Herrjeh, hab' ich e Schrecken gekriegt! Aber das ist jetzt liebenswürdig, daß Sie sich auch emal herbemühn und sich nach meinem Sohne erkundigen."

„Das ist doch nur in der Ordnung," sagte Marianne verlegen.

„Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich Ihnen nicht die Hand gebe. Erscht muß ich mich emal abwischen."

Sie holte aus dem Nebenzimmer ein rauhes Handtuch und trocknete sich die nassen Hände ab. Beim ersten Anblick hatte Marianne den Eindruck: sieht die Frau zum Gotterbarmen aus! Ihre schmächtige Gestalt steckte in einem braunen Lodenkleid, das überall Falten warf. Man fühlte förmlich, wie der rauhe, brettharte Stoff die Haut wundscheuern mußte. Ihre Aermel waren aufgekrempelt, aus ihren dünnen Armen traten die Sehnen hervor. Ihre Hände mit den zusammengelöteten, im Laufe der langen Jahre abgescheuerten Trauringen waren rot und angeschwollen von dem kalten Wasser. Ein Zopfende hatte sich von ihrem Hinterkopf gelöst und stand gesträubt wie ein Zeichen höchster Aufregung und Verwirrung. Sie sah so dürr aus, die Frau, so körperlos — Marianne dachte unwillkürlich an eine leere Schmetterlingspuppe. Es war, als hätten die beiden Söhne, dieser langaufgeschossene und der riesenstarke, alle ihre Kraft aufgesogen. Und trotz alledem, trotz dieser Ausgemergeltheit, trotz der geschmacklosen Kleidung, bei der alles ausgesucht unmöglich war bis auf das plumpe Hufeisen von Silber, das als Brosche in dem gelbseidenen Einsatz steckte, lag eine gewisse adlige Zierlichkeit und Vornehmheit über dieser Frau, die als die Tochter eines sächsischen Rittergutsbesitzers in glänzenden Verhältnissen aufgewachsen, später ein schweres, entsagungsvolles Leben geführt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] sich das Kartell bevor. Von allen Delegierten wurde die überaus schlechte Lage des hiesigen Arbeitsmarktes moniert und darin der Grund gesehen, daß in den Verbänden eine gewisse Flauheit herrsche betr. der Agitation und des Versammlungsbesuchs. Es wurde in Erwägung gezogen, ob diesen bedauerlichen Zuständen nicht durch eine größere Gewerkschaftsversammlung abgeholfen werden könnte. Dabei wurde wieder die leidige Lokalfrage aufgerollt. Es wurde beschlossen, an die Erwerbung eines passenden Lokales herangugehen und den organisierten Kollegen es zur Pflicht gemacht, sich des unnötigen Gasthofbesuchs zu enthalten, bis die Arbeitergroschen einmal etwas höheren Kurs bekommen. Der übermäßige Alkoholgenuß, wie er ja in unsrer Stadt noch gang und gäbe ist, muß überhaupt auf ein Minimum beschränkt werden, um auch die hiesige Arbeiterschaft aus den Klauen der dadurch hervorgehenden Interesselosigkeit herauszureißen und sie auf eine Stufe zu bringen, auf welcher sie auch dem Gegner Achtung abringen muß. Einzelnen Zwischentreibereien muß deshalb ganz energisch entgegengetreten werden. —

Osterburg, 19. September. (Wenn Bankgauner prozessiert werden.) Zu dem bevorstehenden Prozeß gegen die Direktion der verkrachten Altmärkischen Bank erfährt der „Altmärker", daß die Voruntersuchung des großen Umfangs wegen bis jetzt noch nicht geschlossen werden konnte. Obwohl nach dem Zusammenbruch des Bankinstituts nahezu 6 Monate ins Land gegangen sind und die Ermittlungen von der Untersuchungsbehörde mit großem Eifer betrieben wurden, war es bis jetzt nicht möglich, diese abzuschließen und Anklage zu erheben. Zur Schaffung eines klaren übersichtlichen Bildes bezüglich der äußerst komplizierst geführten Bücher und vorgefundenen Abschlüsse mußte ein Berliner Bücherrevisor mit einer ebenso sorgfältigen wie gründlichen Revision betraut werden. Die Prüfung hat infolge des großen und vielseitigen Gebiets mehrere Wochen beansprucht. —

‡ **Staßfurt**, 19. September. (Städtische Beamte.) Unsre Stadt hat seit langem zwei Bürgermeister gehabt. Der eine, besoldet, führte den Titel „erster Bürgermeister", der andre, ein unbesoldeter Stadtrat, war „zweiter Bürgermeister". Mit Beginn des Jahes 1902 mußte zum großen Schmerz des ersten Bürgermeisters, Herrn Reinhard, die Stadt ein Gewerbegericht errichten. Herr Reinhard hatte sich bisher gegen die freiwillige Errichtung eines solchen Instituts gesträubt, besonders mit dem Hinweis darauf, daß die Zahl der einschlägigen Prozesse nur eine geringfügige sei. Trotz dieser vorausgesetzten geringen Zahl wurde die Stelle des Vorsitzenden des Gewerbegerichts mit 1500 Mark jährlich dotiert und ein hiesiger Gerichtsassessor zu dem Amte gewählt.

Wir nehmen an, daß die Zahl dieser Prozesse eine erhebliche gewesen ist, so daß der Herr Vorsitzende noch keine Zeit gefunden hat, eine Statistik darüber zu veröffentlichen. Und doch wäre es von großem Interesse zu wissen, nicht allein wie viele Prozesse überhaupt anhängig gemacht worden sind, sondern auch wie viele Klagen von den Arbeitgebern, wie viele von den Arbeitern angestellt worden sind, wie viele Kläger ganz, wie viele teilweise recht bekommen haben und wie viele Sachen durch Vergleich beendet worden sind. Daraus ließe sich der Schluß ziehen über die Zweckmäßigkeit dieses Gerichts. Das dürfte um so notwendiger erscheinen, als maßgebende Leute in Staßfurt mit der Absicht umgehen, das Gewerbegericht wieder aufzuheben, wenn — wie zu erwarten steht — bei der nächsten Volkszählung eine Bevölkerungsziffer von weniger denn 20 000 sich herausstellt.

Es ist bekannt, daß bei den leitenden Personen in der Stadtverwaltung das sozialpolitische Empfinden nur mangelhaft entwickelt ist. Um so notwendiger ist es, bei den Stadtverordnetenwahlen die Herren Kandidaten sich daraufhin anzusehen.

Nicht lange nach Errichtung des Gewerbegerichts starb der zweite Bürgermeister, und die Stelle mußte neu besetzt werden. Jetzt empfand Herr Reinhard das Bedürfnis, einen besoldeten, juristisch oder im höheren Verwaltungsfach gebildeten zweiten Bürgermeister neben sich zu haben. Die Stadtverordneten zögerten mit ihrer Einwilligung. Aber Herr Reinhard betonte, daß die Arbeitslast zu groß und daß die finanzielle Belastung nicht erheblich sei, weil der neue zweite Bürgermeister später, wenn der Gerichtsassessor fort sei, den Vorsitz des Gewerbegerichts ohne weitere Entschädigung zu übernehmen habe. Das leuchtete den Stadtverordneten ein und sie beschlossen dem Wunsche des ersten Bürgermeisters gemäß.

Es gab damals Leute, die sehr entrüstet taten und behaupteten, für seine 6000 Mark Gehalt habe Herr Reinhard der Stadt seine volle Arbeitskraft zu widmen. Werde ihm die Last zu schwer, so habe er vor allen Dingen seine Nebenämter als Amtsanwalt und Standesbeamter zu opfern und nur für die Stadt zu arbeiten, da diese ihn redlich nach dem Standard of life bezahle. Derartige Leute sind selbstverständlich engherzige Nörgler, deren Anschauungen keinen Anspruch auf Geltung erheben dürfen. . . .

So hat nun die im Rückgang befindliche Stadt Staßfurt, deren Verwaltung fortgesetzt über schlechte Finanzen klagt, einen ersten Bürgermeister, einen zweiten Bürgermeister, einen Vorsitzenden des Gewerbegerichts. Sie hat ferner einen Stadtbaumeister, einen Polizei-Inspektor, einen Polizei-Kommissar, einen Polizei-Wachtmeister, die nötige Anzahl Polzeisergeanten, die sonst notwendigen Kassen-, Verwaltungs- und Polizeibeamten und eine ganze Anzahl jugendlicher Schreiber. „Glücklicherweise" belasten diese letzteren den städtischen Säckel nicht, weil ihre Eltern so — einsichtig und opferwillig sind, sie dem Rathaus auf drei Jahre gratis als Schreiberlehrlinge zur Verfügung zu stellen.

Nicht so rücksichtsvoll sind die städtischen Arbeiter, wie ja bekanntermaßen die Arbeiter im allgemeinen mit einer grenzenlosen „Begehrlichkeit" behaftet sind. Sie erhalten volle 3 Mark Tagelohn, Handwerker 3,50 Mark, und klagen dabei noch, daß sie nicht auskommen. Sie möchten schließlich auch jedes Jahr einige Wochen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes beanspruchen. Das ist nicht angängig. Der Urlaub wird reserviert für die höheren Beamten, deren Tätigkeit so viel anstrengender ist. . . .

Demgemäß geht erst der erste Bürgermeister auf 6 Wochen in Urlaub, dann der zweite auf 4 Wochen. Dann wieder benutzt der erste Bürgermeister die Zeit der Rebhuhnjagd recht ausgiebig, um den angegriffenen Nerven noch weitere Schonung angedeihen zu lassen. Es ist ja ein zweiter Bürgermeister da, und auch für den Posten des Amtsanwalts und des Standesbeamten sind genügend Stellvertreter vorgesehen.

Freilich ziehen die ewigen Nörgler daraus den Schluß, daß überhaupt nur ein Bürgermeister nötig sei, und sie begrüßen daher das jetzt in der Stadt umlaufende Gerücht von der Demissionierung des ersten Bürgermeisters mit Freuden. Sie rechnen auch mit Bestimmtheit darauf, daß, wenn der Polizeiwachtmeister am 1. April nächsten Jahres in den Ruhestand tritt, dieser Posten nicht mehr besetzt werden wird. Ebenso glauben sie, daß die Posten des Polizei-Inspektors und des Polizei-Kommissars in einen zusammengezogen werden, wenn einer der beiden jetzigen Inhaber abgeht.

So wiegen sich die guten Bürger der Stadt Staßfurt in allerlei Hoffnungen. Sie rechnen mit einer Verminderung der Ausgaben für Besoldungen und erwarten dafür manche andre notwendige Einrichtung. Wenn man das wünscht, muß man in erster Linie die Stadtverordneten danach wählen! —

Tangermünde, 17. September. (Der Konsumverein) hat in seinem sechsten Geschäftsjahre bei einem Anwachsen seiner Mitgliederzahl von 856 auf 1081 einen Umsatz von 261 078 Mark erzielt. Der Durchschnittsumsatz betrug demnach 242 Mark. Mit den Lieferanten wurden 27 225 Mark umgesetzt. Kassenbestand usw. 20 865 Mark, Warenvorrat 22 808 Mark, Inventar 4111 Mark, Grundstück 58 667 Mark, Fuhrwerk 1388 Mark, Mitgliederanteile 1[illegible] Mark, Reserven 8810 Mark, Hypotheken 50 000 Mark, Hausanteile 6920 Mark, Kassenkonto 1050 Mark, Reingewinn 36 497 Mark. Die gesamten Unkosten betrugen 19 340 Mark, davon entfielen auf Abschreibungen 1432 Mark. Zur Verteilung gelangten 10 Prozent Rückvergütung und den Reserven wurden 1168 Mark zugeführt. An der Großeinkaufs-Gesellschaft ist der Verein mit zwei Anteilen beteiligt, sein Umsatz mit der Gesellschaft betrug 81 450 Mark oder 12 Prozent des Gesamtumsatzes. Das „Frauen-Genossenschaftsblatt" wird in 200 Exemplaren abonniert. —

Tangermünde, 19. September. (Entbehrungslohn.) Die Generalversammlung der Stendal-Tangermünder Eisenbahngesellschaft genehmigte für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Prozent. Während der Personenverkehr im letzten Jahre sich bedeutend gesteigert hat, — es wurden im Vorjahre 181 824 und im letzten Jahre 185 211 Personen befördert — ließ der Güterverkehr infolge des milden Winters, während dessen es möglich war, viel Güter auf dem Wasserwege zu versenden, etwas nach. Im Vorjahre wurden 196 419 Tonnen, im letzten Jahre dagegen 186 882 Tonnen expediert. Die gesamte Betriebseinnahme betrug 295 893,88 Mark (gegen 299 186,59 Mark im Vorjahre), die Betriebsausgaben betrugen 182 598,82 Mark (gegen 163 891,58 Mark im Vorjahre), so daß ein Betriebsüberschuß von 113 294,56 Mark (gegen 135 745,06 Mark im Vorjahre) vorhanden ist. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 16. September 1904.

Vorsitzender: Stadtrat Leonhardt; Beisitzer: Klempnermeister Strube und Zimmerer Kranz.

Der Arbeiter August Fahldieck klagt gegen den Dampfpflugbesitzer Geißler wegen 100 Mark Lohn bzw. Entschädigung und auf Herausgabe der Papiere. Da durch Zeugen bewiesen wurde, daß Kläger nur einen Akkordsatz von 15 Pf. pro Morgen zu verlangen hat, wird er abgewiesen. —

Literarisches.

Von der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden" ist jetzt das 38. Heft erschienen. Es enthält die Fortsetzung des Spindlerschen Romans „Der Jesuit" und die Fortsetzung der Erzählung „Ein Rekrut" von Erckmann-Chatrian. Eine kleine Skizze „Ein Leben" sowie sonstige kleinere Beiträge vervollständigen den anregenden Inhalt des Heftes, das für 10 Pfennig erhältlich ist. —

„Wider die Pfaffenherrschaft", Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Das soeben erschienene 28. Heft enthält den Schluß des 12. und den ersten Teil des 13. Kapitels: „Am Vorabend der Revolution", in dem der Verfasser u. a. behandelt: Der sächsische Bergbau — Lebensmittelverteurung — Erbitterte Volksstimmung — Die kommunistische Agitation — Thomas Münzer — Münzer als Führer der Arbeiterklasse in Zwickau — Stimmung der sächsischen Staatsgewalt — Luther auf der Wartburg — Luther kehrt zur Unterdrückung der „Irrlehren" zurück — Wie Luther seine Feinde verfolgte — Münzers Agitation und seine Vertreibung aus Sachsen — Die Mühlhäuser Stadtrevolution und Münzers Ausweisung — „Wider das sanftlebende Fleisch in Wittenberg" — Die Adelsrevolution. Sickingens und Huttens Ende — „Ein Hüben, ein Drüben nur gilt!"

Unter den Illustrationen sind neben einigen weiteren Karikaturen auf das Papsttum, Porträte usw. auch eine Darstellung einer Reichstagssitzung unter dem Vorsitz des Kaisers nach einem Kupferstich von Jost Amman erwähnenswert.

Allwöchentlich erscheint ein Heft des Werkes für 20 Pfennig, das in der Buchhandlung Volksstimme und bei den Kolporteuren zu haben ist. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Elbe.				Saale	Weser
Pardubitz	17. Sept.	— 0.38	18. Sept.	— 0.34	—	0.04
Brandeis	„	— 0.59	„	— 0.62	0.03	—
Melnik	„	— 0.92	„	— 0.90	—	0.02
Leitmeritz	„	— 0.90	„	— 0.84	—	0.06
Aussig	18. „	— 0.66	19. „	— 0.63	—	0.03
Dresden	„	— 2.07	„	— 2.06	—	0,01
Torgau	„	— 0.38	„	— 0.39	0.01	—
Wittenberg	„	—	„	— 0.23	—	—
Roßlau	„	— 0.29	„	— 0.27	—	0.02
Barby	„	— 0.16	„	— 0.18	0.02	—
Schönebeck	„	— 0.27	„	— 0.29	0.02	—
Magdeburg	19. „	+ 0.12	20. „	+ 0.19	—	0.07
Tangermünde	18. „	+ 0.33	19. „	+ 0.33	—	—
Wittenberge	„	— 0.07	„	— 0.09	0.02	—
Broda-Dömitz	„	— 0.53	„	— 0.53	—	—
Lauenburg	„	— 0.58	„	— 0.48	—	—

Möbel **Ferdinand Götze** Möbel

Gesamt-Ausstattung von Wohnräumen

Peterstrasse 17 — Fernsprecher 2939 — Peterstrasse 17

Parterre und I. Etage

Abteilung für Möbel und ähnliche Artikel

4 besonders wohlfeile, solide Einrichtungen:

1 Kleiderschrank mit Muschelaufsatz	36.—	1 Kleiderschrank, nußbaum furniert	44.—
1 Vertiko mit Muschelaufsatz	36.—	1 Vertiko	44.—
1 Spiegel mit Fassette und mit Muschelaufsatz	7.—	1 Spiegelspind	24.—
1 Sofa in pa. Phantasie-Bezug	39.—	1 Spiegel mit geschliffenem Glase	13.—
1 Tisch	12.—	1 Sofa mit Moquettplüsch bezogen	51.—
4 Stühle à 3 Mk.	12.—	1 Sofatisch, nußbaum furniert	15.—
2 Bettstellen mit gedrehten Füßen à 11 Mk.	22.—	4 Rohrlehnstühle à 5 Mk.	20.—
1 Küchenschrank	19.—	2 Bettstellen mit Matratzen à 34 Mk.	68.—
1 Küchentisch	7.—	1 Küchenschrank mit Muschelaufsatz	24.50
1 Geschirr-Rahmen	1.—	1 Küchentisch mit Muschelaufsatz	8.50
1 Küchenstuhl	2.—	1 Geschirr-Rahmen mit Muschelaufsatz	4.—
Mark	193.—	2 Küchenstühle à 2 Mk.	4.—
		Mark	320.—

1 Kleiderschrank, echt nußbaum	60.—	1 Kleiderschrank, echt nußbaum	72.—
1 Vertiko, echt nußbaum	60.—	1 Vertiko „	72.—
1 Trumeau mit geschliffenem Glase	36.—	1 Trumeau mit geschliffenem Glas	55.—
1 Sofa mit abgepaßtem Sitz und Lehne, Taschen	65.—	1 Sofa mit pa. Bezug und reichen Posamenten	75.—
1 Sofatisch	17.—	1 Sofatisch	20.—
4 Rohrlehnstühle à 7 Mk.	28.—	4 Rohrlehnstühle à 9.00 Mk.	36.—
2 Bettstellen mit pa. Matratzen à 39 Mk.	78.—	2 Bettstellen mit pa. Matratzen à 44 Mk.	88.—
1 Waschtoilette mit Marmor	28.—	1 Waschtoilette mit Marmor	32.—
2 Stühle mit gedrehten Füßen à 3.50 Mk.	7.—	2 Nachtspinde „ à 18 Mk.	36.—
1 Küchenschrank, 102 cm breit, mit Muschelaufsatz	28.—	2 Stühle à 4.00 Mk.	8.—
1 Küchentisch	7.50	1 Küchenschrank, allerbeste Ausführung	39.—
1 Eimerspind	11.—	1 Küchentisch	10.—
1 Geschirr-Rahmen	6.—	1 Anrichte mit pa. Zinkeinsatz	24.—
2 Küchenstühle à 2.50 Mk.	5.—	1 Geschirr-Rahmen	10.—
Mark	436.50	2 Stühle à 3.50 Mk.	7.—
		Mark	584.—

Spezialität:

Ergänzungsstücke, Extra-Anfertigungen, Aufarbeitungen Modernisierung und Polierarbeiten etc.

Verkauf zu äusserst billigen, festen Preisen unter weitgehendster Garantie.

Abteilung für Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Portieren, Decken, Felle, Läufer, Linoleum etc.

in der I. Etage

Axminster-Teppiche. Marke Prima. Außerordentliche dauerhafte Qualitäten.

83×160 cm	das Stück	18.—
135×200 „	„ „	27.—
174×236 „	„ „	39.—
200×300 „	„ „	57.—
230×315 „	„ „	69.—
250×350 „	„ „	85.—
250×400 „	„ „	90.—

Axminster-Teppiche. Marke C. Solides Plüschgewebe.

135×200 cm	das Stück	14.—
174×236 „	„ „	21.—
200×300 „	„ „	32.—
230×315 „	„ „	40.—
250×350 „	„ „	48.—

Tournay-Velour-Teppiche. Beste Qualität. Marke O. Plüschgewebe mit effektvollen Mustern.

135×200 cm	das Stück	31.—	19,50
170×235 cm	„ „	53.—	30.—
200×300 cm	„ „	90.—	47.—

Tapestry-Teppiche. Solides, brüsselartiges Gewebe in reicher Muster-Auswahl.

130×200 cm	das Stück	15.—
174×234 „	„ „	22.50
200×300 „	„ „	36.—
230×315 „	„ „	47.—
268×335 „	„ „	59.50

Vorlagen in allen Größen und in jeder Preislage am Lager.

Nicht am Lager habende Größen werden in kürzester Zeit beschafft. Zu jeder Zimmereinrichtung sind passende Teppiche vorrätig.

Ferdinand Götze Gesamt-Ausstattung von Wohnräumen

Teppiche — Peterstrasse 17, parterre und I. Etage — Gardinen

Geschäfts-Eröffnung

Hierdurch mache ich der geehrten Einwohnerschaft von Magdeburg und Umgebung die ergebene Mitteilung, dass ich in **Magdeburg** 698

Jakobstrasse No. 21

eine Handlung mit **Butter, Käse, Eiern** und diversen Lebensmitteln eröffnet habe und bitte um regen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

N. Schlesinger.

Hochfeine Molkerei-Tafelbutter 128 Pf.
vom Besten das Beste . . . . . das ganze Pfund

Stücken-Butter 65 Pf., die allerfeinste 68 Pf.

Eier grosse, frische Mandel 70 Pf. Stück **5** Pf.

Frische **Trinkeier** Mandel 85 Pf. Stück **6** Pf.

Emmentaler Schweizerkäse saftig und fein im Geschmack Pfund **100** Pf.

Tilsiter Vollfett-Käse . . Pfund **70** Pf.

Edamer Käse echt Holländer Pfund **90** Pf.

Echt Münch. **Bierkäse** Pfund **65** Pf.

Prima pikanten **Limburger** Pfund **48** Pf.

Camembert . . . . . Stück **20** Pf.
Frühstückskäse . . . . . Stück **10** Pf.
Hochf. pikanten Korbkäse Stück **18** Pf.
Faustkäse . . . . . 2 Stück **15** Pf.
Spitzkäse . . . . . Stück **5** Pf.
Harzkäse . . . . 4 Stück **10** Pf.
1 Kiste enthaltend 100 Stück **225** Pf.

Nizzia feinstes Tafelöl (gesetzlich geschützt) Flasche **40** Pf. und **20**

Garant. reines **Schweineschmalz** Pfd. **50** Pf.

Pflanzenfett garantiert rein Pfd. **48** Pf.

Pflaumenfett Kunstspeisefett Pfd. **48** Pf.

Restaurateure, Speise-Anstalten und Händler erhalten hohen Rabatt.

Als Spezialität empfehle

Margarine Milka 40 Pfennig

stets frisch, hochfein ½ Pfund

Vom kaiserlichen Patentamt geschützt!

Jedes Kind erhält zur Eröffnung ein Spielzeug **gratis!**

Zur Beachtung! Milka-Butter-Ersatz Bei Einkauf von ½ Pfund Milka à 40 Pf. erhält jeder Käufer eine grosse Kaffeetasse mit Untertasse, oder einen grossen blauen Teller, flach oder tief, oder einen grossen Kaffeebecher und diverse andere Sachen **gratis als Beipack!**

Jedes Kind erhält zur Eröffnung ein Spielzeug **gratis!**

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld
Hemden
für Männer, Frauen und Kinder
Blaue Monteur-Hosen und -Jacken
in allen Größen und riesiger Auswahl.
Otto Kaphengst, Sudenburg Bettfedern-Versandhaus
Halberstädterstrasse 109 a

C. Haack
Stephansbrücke 8
Messe-Stand: Eckbude vis-à-vis Regierungsstrasse
empfiehlt in größter Auswahl bei billigsten Preisen: Thüringer Wollwaren, als Jagdwesten, Unterjacken, Unterhemden und Unterhosen sowie alle in dies Fach schlagende Artikel. Frauen- und Kinder-Bekleidung auch nach Maß. Aelteste Bezugsquelle in Kinder-Mänteln.
Gütigen Zuspruch erbittet C. Haack.

Wenig gebrauchte Fahrräder
zum Preise von 35—65 Mk.
Neue Fahrräder
Herren- und Damenräder
unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Aeltest. seit 1865 bestehend. Geschäft dieser Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Fahrrad-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 3411

Vitello-Margarine
bester Butter-Ersatz
Pfund 80 Pf. und 5 Proz. Rabattsparmarken
ferner empfehle eine hochfeine
Margarine „Tip-Top"
vorzüglicher Butter-Ersatz
Pfund 60 Pf. und 5 Proz. Rabattsparmarken
Damit sich jede Hausfrau von der Vorzüglichkeit überzeugen kann, gebe, solange Vorrat reicht, Kostproben gratis. An Kinder werden Proben nicht verabfolgt.
A. H. Völker Butter-Handlungen
Fernsprecher 3450
Jakobstraße 5, Jakobstraße 26
Grünearmstraße 9/10 und Breiteweg 252.

Die Flucht der Prinzessin Luise von Koburg!!
von Ludwig Thoma und Th. Th. Heine.
Bringt Licht in die Affäre, erklärt alles!! In 48 Strophen und 16 Zeichnungen werden die Leiden, Kämpfe und der endliche Triumph dieser Königstochter geschildert . . . . . .
Licht! Licht! Licht!
Vorrätig in der Buchhandlung Volksstimme, Jakobstraße 49.
Preis 10 Pfennig.

Gratulationskarten empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Zigarren
518
Wir empfehlen
No. 65
Gloria de Cuba
milde, aromatische Zigarre
Stck. 6 Pf., Dtzd. z. Mille-Preis v. 50 Pf., 100 Stck. Mk. 4.00, Mille Mk. 40.00
Versand geg. Nachnahme
Paul Meissner & Co.
Zigarren-Fabrik
Magdeburg.
1. Gesch.: Schroterstr.
2. Gesch.: Breiteweg 253
3. Gesch.: Sudenburg, Halberstädterstr. 117
Wiederverkäufer

Fernsprecher 581
Grösstes Lager in Möbel- und Dekorationsstoffen. Matratzendrelle.
Gardinenstangen
in Messing, Nußbaum, Mahagoni, Eiche, Birke. 601
Portierenstangen
Polster-Material
Polster-Gestell-Fabrik
ca. 700 Lager.
O. E. Müller
Spezialgeschäft für Polster- und Dekorationsartikel
Magdeburg, Georgenstr. 6
Ecke Ambrosiusstraße.

Kredit auch nach ausserhalb
Zum Umzug
empfehle ich zur Einrichtung von einzelnen Zimmern sowie ganzen Wohnungs-Einrichtungen
Möbel auf Kredit
Besonders empfehlenswert:

1 Bettstelle m. Matr. 1 Kleiderschrank 1 Tisch 2 Stühle	Anzahlung 10 Mk. wöchentl. Rate 1 Mk.
1 Bettstelle m. Matr. 1 Kleiderschrank 1 Tisch 2 Stühle 1 Spiegel 1 Regulateur	Anzahlung 15 Mk. wöchentl. Rate 1.50
2 Bettstellen mit Matr. 1 Kleiderschrank 1 Tisch 3 Stühle 1 Sofa 1 Spiegel 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchenstuhl	Anzahlung 20 Mk. wöchentl. Rate 2 Mk.
2 Bettstellen mit Matr. 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 6 Stühle 1 Spiegel 1 Sofa 1 Waschtisch 1 Regulateur 1 Küchenschrank 1 Küchenstuhl 1 Küchentisch	Anzahlung 30 Mk. wöchentl. Rate 3 Mk.

Jedes Stück wird auch einzeln abgegeben.
Elegantere Ausstattungen bis zu 2000 Mark
sowie einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an.
Grösste Auswahl in Herren- und Knaben-Anzügen und Ueberziehern, Damen-Kragen, Jacketts, Kleiderstoffen, schwarz und farbig, Bettzeug, Gardinen, Teppichen, Uhren, Regulateuren und Kinderwagen. Nähmaschinen.
S. Osswald
Leipzig | Dresden | Breslau | Dortmund | Duisburg | Köln a. Rh. | Essen | Hannover
S. Osswald
Größtes Möbel- und Waren-Kredithaus am Platze
Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14, I.
vis-à-vis der Ulrichskirche.
Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, und Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung!
Sonntags von 11–2 geöffnet.

Standesamt.

Magdeburg, 19. September.

Aufgebote: Sergeant Paul Kersten hier mit Marie Bruckert in Hausneindorf. Postassistent Paul Latte in Gelsenkirchen mit Luise Glootz hier. Kaufmann Georg Engel in Düsseldorf mit Margarete Meyer hier. Fleischer Franz Andreas Richard Wiedig hier mit Selma Marie Gersching in Königsau. Milchhändler Richard Robert August Gille mit Anna Hedwig Stahlberg in Cracau. Schlosser Heinrich Karl Friedrich Lieban hier mit Anna Friedrich in Heringen. Schiffbauer Albert Heidenreich in Westerhüsen mit Anna Schüler hier. Versicher.-Bureaubeamter Willi Hermann Joh. Fahljohn in Bremen mit Hedwig Klara Luise Pade in Körlin. Bahnarbeiter Joh. Gustav Behrend in Buckow mit Dorothee Friederike Köppen in Steckelsdorf. Postbote Franz Fred. Gottfried Bethge hier mit Minna Strohmeyer in Wernigerode. Fleischer Karl Andr. Friedrich Brandis hier mit Berta Paul in Borne. Privatmann Gustav Brinkmann in Wernigerode mit Elsbeth Schüler hier.

Eheschließung: Fensterputzer Albert Kersten mit Auguste Brandt geb. Jacobe.

Todesfälle: Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Duchow, 4 M. 27 T. Luise geb. Bethge, Ehefrau des verscholl. Restaurateurs Otto Hentschel, 69 J. 3 M. 28 T. Kurt, S. unehelich, 12 T. Marie Motsch, unverehelicht, 59 J. 10 M. 17 T. Lucie, T. des Kaufmanns Georg Prinz, 2 M. 27 T. Berta geb. Günther, Ehefrau des Fabrikanten Gustav Kindling, 39 J. 10 M. 6 T. Paul Rimarsky, Kaufmann, 47 J. 2 M. 8 T. Martha geb. Hentschel, Ehefrau des Arbeiters Karl Fraasch, 31 J. 1 M. 16 T. Paul, S. des Arbeiters Peter Sudolsky, 9 J. 11 M. 24 T. Martha Hamann, unverehelicht, 30 J. 5 M. 2 T. Karl Reinwald, Handlungsgehilfe, 29 J. 9 M. 13 T. Paul Zwanziger, Tapezier, 34 J. 6 M. 29 T.

Neustadt, 19. September.

Aufgebote: Maurer Herm. Wilh. Heinr. Schmiedecke mit Berta Häseler. Kaufm. Eduard Wilhelm Fritz Hohmann in Schönebeck mit Else Emma Anna Fischer.

Eheschließung: Arb. Karl Leeke (Lummitzsch) mit Ella Schröder.

Geburten: Emmi, T. des Kaufm. Karl Oemler. Ernst, S. des Eisenb.-Stationsgeh. Paul Schneider.

Todesfälle: Anna, T. des Arb. Friedrich Schneidewindt, 7 J. 2 M. 6 T. Otto, S. des Schuhmachermstrs. Otto Kruschwitz, 9 J. 7 M. 8 T.

Sudenburg, 19. September.

Aufgebot: Eisenbahnarb. Alfr. Pfeiffer mit Olga Ida Linnstedt.

Geburten: Artur, S. des Arb. Christ. Busse. Ernst Hermann, unehel. Walter, S. des Gärtners Wilh. Schwalbach. Elisabeth, T. des Klempnermstrs. Franz Kaller. Erna, T. des Eisendrehers Max Holle.

Todesfälle: Otto Klapproth, Restaurateur, 37 J. 2 M. 24 T. Karl Sauter, Arb., 38 J. 8 M. 9 T. Artur, S. des Schlossers Heinrich Bernik, 7 M. Walter, S. des Viehhändl. Aug. Spieß, 8 J. 11 M. 9 T. Hilda, T. des Arb. Karl Perterke, 3 M. 20 T. Karoline geb. Göpel, Ehefrau des Arb. Heinr. Geburzky in Egeln, 46 J. 11 M. 5 T.

Totgeburt: T. unehelich.

Cracau.

Aufgebote: Arbeiter Friedrich Schulze mit Emma Diesert. Milchhändler Richard Gille mit Anna Stahlberg.

Eheschließung: Arbeiter Willi Bethge mit Minna Rasch.

Geburten: Gustav Karl, S. des Arbeiters Gustav Helmeke. Gustav Otto, S. des Landwirts Gustav Hesse in Pechau. Marie Lieberte, T. des Schmieds Max Teickner.

Todesfall: Anstaltspflegling Anna Nießling geb. Große, 26 J. 11 M. 5 T.

Westerhüsen.

Aufgebote: Fleischermstr. Rich. Gust. Karl Wullstein in Frohse a. E. mit Luise Emme Anna Meyer. Schiffbauer Wilh. Alb. Ernst Heidenreich hier mit Anna Minna Schüler in Magdeburg.

Geburten: Elisabeth Anna Marie, T. des Schiff. Paul Grünewald. Willi Fritz Paul, S. des Fuhrmanns Gustav Linde.

Todesfälle: Henny Lisbeth, unehel., 5 M. 12 T. Franz Ernst Willi, S. des Arb. Franz Kühlholz, 3 J. 11 M. 1 T.

Aschersleben.

Geburten: T. des Fuhrmanns Otto Brandt.

Todesfälle: Witwe Friederike Engel geb. Hoppe, 86 J. 1 M. 12 T. Friedrich, S. des Arb. Louis Ehrenberg, 1 J. 7 M. 15 T. Margarete Ludwig, 7 M. 25 T. Arb. Thomas Nawrotzki, 22 J. 11 M. 16 T.

Burg, 19. September.

Aufgebot: Schneider Friedrich Wilh. Gottfr. Möhring mit Minna Luise Agnes Köhler.

Eheschließung: Handschuhfabrikant Karl Gustav Tiedge mit Wilhelmine Luise Rüffer in Magdeburg.

Geburten: S. des Landwirts Gustav Schmale. T. des Photograph. Karl Kruse. T. des Arb. Lorenz Panske.

Todesfälle: Privatm. Wilh. Peters, 68 J. Luise, T. des Schuhmachers Paul Kunisch, 17 T.

Halberstadt.

Vom 14. bis 16. September.

Aufgebote: Zimmermann Herm. Schröder mit Marie Hartge. Bureauvorsteher Robert Elze mit Aurelie Oppe. Hilfsschaffner Otto Heinemann mit Anna Unverhau. Zimmermann Friedrich Bruns mit Sophie Uthe. Tischler Hermann Gerlach mit Selma Götschel. Kutscher Otto Franz Hermann Richter zu Tresebürg mit Marie Dorothee Lichtenfeld zu Magdeburg. Mechaniker Bruno Richard Dießner mit Marie Agnes Hachenberg, beide zu Leipzig. Schneider Karl Andre mit Emma Berta Auguste Blättermann zu Stolberg. Arbeiter Anton Janiszewski mit Elise Prillwitz. Dachdecker Hermann Uthe mit Anna Ziegenfuß. Bäcker und Konditor Oskar Gade mit Luise Krense. Maler Gustav Rich. Franz Werner zu Magdeburg mit Klara Pauline Hoffmeister zu Oschersleben. Schneid. Heinrich Frankenbach mit Minna Anna Marie Hartmann, beide zu Wernigerode. Fleischer Otto Rich. Tangermann mit Marie Wilhelmine Kühne zu Darbesheim.

Eheschließung: Militäranwärter Otto May mit Rosalie Gütlich geb. Elsner.

Geburten: T. des Ziegeleiarbeiters Karl Munke. S. des Arbeiters Friedrich Wittenberg. S. des Bauarbeiters Wilhelm Tölke. S. des Arbeiters Joseph Nowaczyk. T. des Arbeiters Karl Ratzmer. S. des Dekorationsmalers Paul Zieroth. T. des Arbeiters Andreas Wassermann. T. des Barbierherrn Gustav Eckhardt. T. des Badewärters Karl Schliephake.

Todesfälle: Hüttenarbeiter Otto Krug in Thale, 24 J. 3 M. 23 T. Arbeiter Karl Bohndorf, 47 J. 10 M. 6 T. Witwe Minna Tuno geb. Bockmüller aus Blankenburg, 61 J. 4 M. 22 T. Dreher Gustav Köhler a. Quedlinburg, 32 J. 5 M. 25 T. Ella, T. des Barbierherrn Gustav Eckhardt. 1 T.

Schönebeck.

Aufgebote: Rangierer Karl Otto Krackert hier mit Pauline Aga Umerska in Groß-Salze. Bergarb. Gust. Schünemann in Eickendorf mit Luise Mätz hier.

Geburten: Erich, S. des Maurers Otto Linkorn. Paul, S. des Böttchers Paul Zeuß (Frohse).

Todesfälle: Gustav, S. unehelich, 20 T. Richard, S. des Schlossers Karl Alvensleben, 26 T. Ehefrau Elisabeth Kräuter geb. Fabian, 31 J.

Frankreich.

Der Ausstand in Marseille ist immer noch nicht zu Ende, da eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht erzielt wurde. Infolge des Ausstands hat die Marseiller Schiffahrt einen Ausfall von 250 000 Tonnen für die Einfuhr und 1 500 000 Tonnen für die Ausfuhr zu verzeichnen, und sie hat über eine Million an Staatssubvention verloren. Der Zoll hat um 8 Millionen weniger ergeben. —

Schweden.

Die Stockholmer Sozialdemokraten hielten gleichzeitig zehn Versammlungen ab, um zur Frage des allgemeinen Ausstands Stellung zu nehmen, der anläßlich der im nächsten Reichstag zur Beratung kommenden Wahlreform geplant wird. Mit wenigen Ausnahmen sprachen sich alle Versammlungen gegen diese Maßregel aus, namentlich ist bemerkenswert, daß der Hauptführer der schwedischen Sozialdemokratie, Redakteur Branting, von einem allgemeinen Ausstand abratet. Branting erklärt einen solchen für zwecklos, weil das allgemeine Stimmrecht im Grundsatz von allen Seiten anerkannt werde. Es handle sich jetzt darum, die Einschränkungen zu bekämpfen, welche die Wahlreform bringen solle, aber dieses Ziel könne mit andern Mitteln erreicht werden. Branting hofft, daß die Wahlen zur zweiten Kammer im nächsten Jahr eine Verschiebung der Mehrheit nach links bringen werden. Andere Redner hielten einen allgemeinen Ausstand erst dann am Platze, wenn sich die gesamte schwedische Arbeiterschaft organisiert hätte.

Der russisch-japanische Krieg.

In der Nordmandschurei drängt alles zu einer neuen Schlacht. Das japanische Heer rückt langsam in breiter Front gegen Mukden vor, den linken Flügel an den Liaoho, den rechten im Gebirge, etwa auf die Kohlengruben von Fuschun (40 Kilometer östlich von Mukden) gelehnt. Kuroki befindet sich auf der rechten Flanke, Nodzu im Zentrum und Oku auf der linken Flanke. Eine vierte Armee, bestehend aus in Niutschwang gelandeten Truppen, befindet sich auf dem äußersten linken Flügel. Die Armee Kurokis ist durch zwei Divisionen verstärkt worden. Die japanischen Streitkräfte werden auf 300 000 Mann mit 850 Geschützen veranschlagt. Man erwartet die Entscheidungsschlacht jeden Tag. In Tienling ist alles vorbereitet, um den Russen zu ermöglichen eventuell noch weiter nach Norden zurückzugehen.

Das erste, wofür die Russen sorgen, ist der Rückzug.

Um Port Arthur.

Während in der Umgebung von Mukden die Armeen Kuropatkins und Oyamas zu neuer Schlachtentscheidung immer näher aneinanderrücken, wird auch um Port Arthur wieder heftig gekämpft. Die hart bedrängten Verteidiger haben versucht, den Einschließungsring an einer Stelle zu sprengen, vermochten aber keinen Erfolg zu erzielen. Nach einer Meldung aus Tokio machten die Russen am Sonntag abend einen Ausfall aus Port Arthur, um die Höhen bei Etzeshan zurückzuerobern. Sechs Bataillone nahmen an dem heftigen Ansturm teil, wurden aber von den Japanern mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Entsetzliche Szenen spielen sich bei der Belagerung ab, auf beiden Seiten wird mit großer Zähigkeit gekämpft und unerhörte Menschenopfer fallen dem Krieg anheim. In einer kürzlichen Anrede an die Garnison von Port Arthur erklärte General Stössel, es sei Widerstand bis auf den letzten Blutstropfen notwendig, da die japanischen Offiziere, wenn die Festung erobert würde, zweifellos außerstande sein würden, ihre Leute vom Massenmorde abzuhalten. Der russische Prinz Radziwill, der aus Port Arthur in Tschifu ankam, erklärte, daß den 800 im Lazarett angestellten Frauen geraten wurde, fortzugehen, daß sie jedoch erwiderten, sie würden sich lieber massakrieren lassen, als ihre Posten verlassen. Prinz Radziwill erzählt, daß während der Stürme in den letzten vier Tagen des August zwei Kompanien Japaner sich in der Gewalt der Russen befanden und die weiße Flagge hißten; die Russen ignorierten diese jedoch und feuerten eine Salve nach der andern auf die Japaner, und die im Rücken befindlichen Japaner feuerten voll Wut über die weiße Fahne auf ihre eignen Leute von hinten hinein, beide Kompanien wurden im Kreuzfeuer vernichtet. 600 Mann wurden so auf dem Fleck niedergeschossen und fielen unter die verwesenden Leichen früherer Gefallener. Tagelang danach sah man Verwundete die Arme erheben und mit weißen Taschentüchern, vergeblich nach Hilfe flehend, winken. Doch die Russen wagten sich nicht hinaus zu ihnen. Nach Ablauf einer Woche hatte der letzte Arm seine unerhörte Bitte gewinkt. Eine Kompanie, die es unmöglich fand, eine gefährliche Außenposition zu halten, sandte eine Botschaft an Stössel: „Wir können die Stellung nicht halten.“ „Aber ihr könnt sterben“, erwiderte ihnen der General und das taten sie. Am 14. d. Mts. wurden über 2000 tote Japaner zwischen den Forts II und III entdeckt, nachdem man durch den furchtbaren Geruch aufmerksam geworden war. Hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß General Nogi gefallen sei, es wird indessen für grundlos erklärt. —

Letzte Nachrichten.

London, 20. September. (Eig. Drahtb.) Die Blätter melden aus San Francisco, daß der russische Kreuzer „Lena“ in Begleitung zweier andrer russischen Schiffe den Stillen Ozean gekreuzt hätten. Die „Lena“ sei nach San Francisco entsandt worden, um sich zu überzeugen, in welcher Weise Amerika die Neutralität beobachte. —

Paris, 20. September. (Eign. Drahtber.) Aus Madrid wird gemeldet: Der Kapitän des russischen Kreuzers „Terek“ ist in Vigo eingetroffen und überbrachte versiegelte Befehle für die russischen Schiffe in den verschiedenen spanischen Häfen und Gewässern. —

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die **Glühlampenarbeiter** bei Siemens in Berlin, die aus Solidarität mit den 300 streikenden Arbeiterinnen für Montag den Streik beschlossen hatten, haben für Montag abend nochmals Verhandlungen angebahnt. Die Situation ist kritisch. Ein Massenstreik und somit der Stillstand des Werkes scheint unvermeidlich. Die **Gürtler und Metalldrücker** in Berlin beschlossen Sonntag in einer Riesenversammlung (3310 Personen) den im Jahre 1903 abgebrochenen Lohnkampf wieder aufzunehmen. Um einer Aussperrung zuvorzukommen, wurde beschlossen: Die Versammlung beschließt, daß in den namentlich aufgeführten Werkstätten Montag den 19. September früh der Tarif vorgelegt wird und überall da, wo bis zum 20. d. M. derselbe nicht unterschrieben ist, wird am 21. September die Arbeit nicht wieder aufgenommen. — Die **Steinsetzer** in Guben sind wegen Nichtbewilligung der bescheidenen Forderungen in den Streik getreten. — Die **Zimmerer** haben die Lohnbewegungen in Gelsenkirchen und Krefeld mit dem Abschluß von Arbeitsverträgen beendet. — Die **Bildhauer** stehen im Kampf in Düsseldorf, Berlin, Wiesbaden, Nürnberg, Pforzheim, Hamburg, Leipzig, Küstrin, Fürth, Berlinchen, Aachen, Breslau, München und Landsberg a. W. In München ist die Bewegung siegreich beendet. — Die **Schuhmacher**, hauptsächlich unter ihnen die Zwicker werden vor Frankfurt a. O., Kendel, Neustettin und Weißenfels gewarnt. In Nürnberg sind noch 20 von den 200 Opfern der Aussperrung vom 27. April zu unterstützen. — Die **Metallarbeiter** werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausstand bei der Firma Walter u. Komp. in Mühlhausen unverändert fortdauert. Die Firma sucht jetzt wieder in allen Zeitungen Schlosser und Dreher durch List und Versprechungen nach Mühlhausen zu locken, indem sie den Betreffenden mitteilt, der Streik sei von ihrer Seite beendet und dergleichen mehr. Eine große Anzahl sind schon darauf hereingefallen und haben enttäuscht den Platz wieder verlassen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. September 1904.

Gewerkschaftsvorstände! Kartelldelegierte!

Am Donnerstag den 22., abends 8½ Uhr, findet im Restaurant zum „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38, eine Versammlung statt, in der die Organisation der kommenden Gewerbegerichtswahlen erörtert und beschlossen werden soll. Wir ersuchen ausdrücklich die Vorstände sämtlicher hiesiger Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, in dieser Versammlung zu erscheinen. Das gleiche Ersuchen richten wir an alle Kartell-Delegierten. Die Namen derjenigen Vorstände und Delegierten, die dieser Versammlung fernbleiben, werden veröffentlicht.

Der Kartellvorstand.

— **Arbeitersekretariat in Magdeburg?** In einer Schneiderversammlung, die gestern abend im „Bürgerhaus“ tagte, referierte Genosse Aug. Müller über die Bedeutung der Arbeitersekretariate. Der Redner schilderte die Entstehung, die Organisation, den Arbeitsplan und den Nutzen der Arbeitersekretariate und kam dann auf den Plan des Magistrats, in Magdeburg von Gemeinde wegen eine Auskunftsstelle für Minderbemittelte zu schaffen, zu sprechen. Seine Meinung ging dahin, daß dieses Konkurrenzinstitut zwar nicht zu fürchten sei, weil alle Sozialpolitik vom Rathause mit Recht bei den Arbeitern großem Mißtrauen begegne, daß aber anderseits die Magdeburger Arbeiter alle Ursache hätten, dem Magistrat und seinen Schützlingen, zu deren Gunsten die Auskunftsstelle errichtet werden solle, dadurch das Spiel zu verderben, daß sie möglichst schnell das bestehende Gewerkschaftssekretariat zu einem richtigen Arbeitersekretariate umwandelten. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und beschloß folgende Resolution:

Die heute im „Bürgerhause“ tagende Schneiderversammlung, überzeugt von der großen Bedeutung der Arbeiter-Sekretariate für die rechtsbedürftige arbeitende Bevölkerung, erklärt: Es sind so bald wie möglich Schritte zu unternehmen, um das hiesige Gewerkschafts-Sekretariat in ein leistungsfähiges Arbeiter-Sekretariat umzuwandeln. Die Versammelten lehnen es ab, sich jetzt schon auf einen bestimmten Arbeitsplan und auf eine Organisationsform für das Sekretariat festzulegen, erklären sich aber bereit, den zur Finanzierung des Instituts auf sie entfallenden geringen Beitrag zu leisten.

Wenn dieser Beschluß die Frage der Errichtung eines Arbeitersekretariates auch bei den andern Gewerkschaften zur Diskussion bringen würde, hätten die Schneider sich ein Verdienst um die Arbeiterbewegung Magdeburgs erworben. —

— **Nochmals: Die „Volksstimme“ auf der Ausstellung.** In einer längeren Notiz führten wir vor acht Tagen den Nachweis, daß der Aufseher Hoffmann an dem fortwährenden Verschwinden der „Volksstimme“ aus der Lesehalle der Handwerksausstellung nicht ganz unschuldig war. Heute sind wir in der Lage, den Schleier dieser geheimnisvollen Angelegenheit völlig zu lüften und unterbreiten deshalb der Oeffentlichkeit was folgt:

Als nach Eröffnung der Ausstellung bei uns vielfach Klagen einliefen, daß in der Lesehalle alle Kreisblätter unsrer Provinz, nicht aber die „Volksstimme“ ausliege, wandte sich der Verleger unsres Blattes an den „Leiter des Preßwesens“, Herrn Goßlau, der denn auch sofort Anweisung gab, die „Volksstimme“ täglich auszulegen. Daß Herr Goßlau diese Zustimmung nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern aus häßlichen Motiven gegeben, haben wir am vergangenen Abend aus seinem eignen Munde erfahren. Durch Zufall waren wir Augen- und Ohrenzeuge eines Gesprächs, das Herr Goßlau gestern abend im Hotel Bellevue mit mehreren Herren führte. Bei dieser Gelegenheit kam Herr Goßlau auf den Aufseher Hoffmann zu sprechen, erwähnte, daß H. im Verdacht stehe, eine Anzahl Federhalter, Bleistifte und eine Schreibunterlage aus der Lesehalle entwendet zu haben und auch im übrigen viel Anlaß zu Beschwerden gegeben habe. Einer der Herren erwähnte darauf das geheimnisvolle Verschwinden der „Volksstimme“, worauf Herr Goßlau diebisch-verschmitzt lächelnd antwortete: „Ja, das ist richtig. Ich mußte damals meine Zustimmung geben, denn ich wollte und durfte es mit dem Verleger der „Volksstimme“ und den Sozialdemokraten nicht verderben. Aber ich habe sofort darauf dem Aufseher Hoffmann zu verstehen gegeben, daß es nichts schade, wenn sie verschwinde. Wenn sich ein Interessent finde und sie mitnähme so solle man ruhig ein Auge zudrücken.“

Also Herr Goßlau. Der ihm unterstellte Hoffmann hat dann sich selbst als den „Interessenten“ gezeigt und gleichzeitig eine Doppelfunktion ausgeübt: Er ließ die „Volksstimme“, wenn sie um 5 Uhr nachmittags ausgehängt wurde, um ½6 Uhr schon verschwinden und half zugleich das Auge zu — so wie Ihm von „höherer Stelle“ befohlen. Nebenbei stahl er das Geld unsres Verlegers ein und erbot sich, ihm den Spitzbuben zu entlarven. Wir sind neugierig, wie sich der Vorstand der Handwerkskammer, in dessen Diensten dieser Herr Goßlau wohl noch steht, zu seinen staatsretterischen Fähigkeiten stellen wird. Sollte er bei der Prüfung übergangen sein, so wäre vielleicht eine Nachbeförderung bei ihm am Platze. —

— **Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Bezirk Buckau** konnte leider wegen Mangel an Besuch am gestrigen Montag nicht abgehalten werden. Ein Genosse, der früher jahrelang in Buckau gewirkt hat, schreibt uns aus diesem Grunde: Allem Anschein nach interessieren sich die Buckauer Arbeiter für ihre Parteiinteressen nicht mehr, sonst könnte man es sich doch nicht erklären, weshalb im Hause sowie in der nächsten Umgebung des Versammlungslokals wohnende Genossen es für viel wichtiger halten, auf ihrem Sofa sitzen zu bleiben, während einige ihrer Genossen sich über den schlechten Besuch der Versammlung ärgern. Früher brachten die Buckauer so etwas nicht übers Herz. Sie mußten stets „dabei sein“; nur ganz zwingende Gründe hielten sie von dem Besuch der Versammlung fern. Soll man sich denn erst wieder mit Laufzetteln vor die Fabriken stellen, um die Genossen zu veranlassen, den für Buckauer Verhältnisse doch nur kleinen „Thalia-Saal“ zu füllen? Dies wäre doch beschämend für jeden einzelnen Genossen in Buckau! Wir hoffen, daß es diesmal nur dieses Hinweises bedarf, um eine Besserung des Versammlungsbesuchs für Buckau herbeizuführen.

An Stelle der ausgefallenen Versammlung wird nun am nächsten Montag im „Thalia“ eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in welcher der Genosse Albert das Erfurter Programm erläutern wird. Es wird sich ja dann herausstellen, ob in Zukunft noch in Buckau Versammlungen abgehalten werden können oder nicht. —

— **Gefundenes.** Folgendes Verzeichnis der in der Zeit vom 10. bis 16. September bei dem Polizei-Präsidium in Magdeburg als gefunden angemeldeten Gegenstände im Werte von mehr als 3 Mark wird amtlich veröffentlicht. Die Eigentümer haben sich zur Geltendmachung ihrer Rechte binnen Jahresfrist zu melden.

A. Im Fundbureau, Neue Ulrichstraße 4, Zimmer Nr. 61, Geschäftszeit 11—1 und 4—6 Uhr, aufbewahrt: 1 Schülerzeitkarte für 1904, 1 goldener Klemmer, 1 silbernes Kettenarmband mit Münze.

B. In Verwahrung der Finder: 1 Brille mit Futteral, Frau Richter, Olvenstedterstr. 9. 1 Wagenstemmleiste, Arbeiter Czerwinski, Martinstr. 22. 1 Korallenarmband, Dreherlehrling Hempel, Gärtnerstr. 1 c. 1 weißer Strohhut, Straßenbahnschaffner Rabe, Halberstädterstr. 116. 1 Portemonnaie mit 108 Mark, Oberkellner Landgraf, Breiteweg 250 H. 1 Tr. 1 Herrenring, Dienstmädchen Bilse, Rogätzerstr. 76 c. 1 schwarzseidener Damenschirm, Frau Wolf, Knochenhauerufer 40 3 Tr. 1 Klemmer mit goldenem Bügel, Schneidermstr. Lange, Jakobstr. 20 2 Tr. 1 große Bogensäge, Maurerlehrling Schulze, Faßlochsberg 11 2 Tr. 1 goldene Brosche, Schülerin Pönsch, Mittelstr. 49 H. 1 Tr. 1 Portemonnaie mit 10 Mark, Maschinenmeister Tauscher, Wolfenbüttlerstr. 14. 1 Bierzipfel, Arbeiter Tuch, Neueweg 16 H. 1 Tr. 1 großer weißer Windhund, Frau Blankenburg, Sudenburgerstr. 10 part. 1 schottischer Schäferhund, Stellenvermittler Zirmann, Brandenburgerstr. 2. 1 Armband mit blauen Steinen, Fräulein Ecke, Kronprinzenstr. 3. 2 Futtereimer aus Eisenblech, Kutscher Holschemacher, Fuchsberg 2. 1 Kinderschirm und Taschenmesser, Schüler H. Furche, Knochenhauerufer 89 1 Tr. 1 Herrenring (Helene H.), Dienstmädchen Dallmann, Breiteweg 251 3 Tr. —

— **Unfall.** Der Sackträger Gustav Wildt, Ottenbergstraße wohnhaft; kam gestern beim Mehltragen bei der Firma Andreae, Kl. Werder, dadurch zu Schaden, daß er mit einem 2 Zentner-Sack ausglitt, hierbei mit dem Kopf unter den Sack zu liegen kam und sich erhebliche Verletzungen im Gesicht zuzog; W. wurde an Ort und Stelle verbunden. —

— **Verbrannt.** Das Dienstmädchen Minna Denkewitz, in Stellung bei dem Kaufmann Wiesenthal, Kaiserstraße 50, hat sich gestern nachmittag in der Behausung ihrer Herrschaft mit kochender Stärke beide Füße verbrannt. Sie fand Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus. —

— **Erschossen** hat sich heute früh aus unbekannten Gründen der auf der Strecke Gr.-Diesdorferstraße-Friedrichstadt angestellte Straßenbahnschaffner K. Sturmhöfer. Passanten fanden ihn auf einer Bank im Glacis tot vor. Angeblich soll ein unheilbares Leiden den St. in den Tod getrieben haben. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses gebracht. St. versah noch bis gestern abend um 12 Uhr seinen Dienst, trank dann im Restaurant noch ein Glas Bier und hat sich dann gegen 8 Uhr entfernt, ohne sich etwas auszulassen. Er gehörte zum Depot Wilhelmstadt und wohnt in der Annastraße. Er war, so schreiben uns Kameraden von ihm, ein guter, verträglicher und beliebter Kollege. —

— **Straßenunfall.** Am Dienstag vormittag kam der Rentner Brandt in der Kaiserstraße vor dem Stadttheater zu Falle, wodurch er sich eine Verletzung am Auge zuzog. Mehrere Passanten brachten den Verletzten nach dem Feuerwehr-Depot, wo ihm ein Verband angelegt wurde. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Köln, 20. September. Gestern abend ereignete sich ein schwerer Unfall auf der Station Forsbach. Eine in gesegneten Umständen befindliche Frau, die in Begleitung ihres Mannes und ihrer zwei Kinder sich befand, wollte auf den bereits in Bewegung gesetzten nach Köln abgehenden Personenzug steigen, kam aber dabei zu Fall und geriet so unglücklich unter die Räder des Zugs, daß ihr Kopf vollständig zermalmt wurde. Im Augenblick, als die Frau starb, gab sie einem Kinde das Leben, das nach dem Kölner Bürgerspital gebracht wurde und sich wohlauf befindet. —

Hd. Straßburg i. E., 20. September. In Winkel wurde der 76jährige Einwohner Hönner von seinem Sohne im Streit getötet. Der entartete Sohn brachte hierauf seiner Mutter mittels eines Knüppels Verletzungen bei. —

Hd. Straßburg i. E., 20. September. In Münster goß ein Italiener, der wahnsinnig geworden war, auf dem Speicher des Hauses der Witwe Heßmann Petroleum aus, steckte das Haus in Brand und warf hierauf seine Kinder zum Fenster hinaus. Eins davon blieb tot liegen, seine Frau ist vor Schreck schwer erkrankt. Der Italiener wurde verhaftet und ins Amtsgefängnis abgeführt. —

Vereins-Kalender.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Umständehalber treffen sich die Sangesbrüder Mittwoch abend 7¾ Uhr im „Weißen Hirsch“. — 154

Arb.-Radf.-Bund Solidarität, Verein Magdeb., Abt. Einigkeit, Wilhelmst. Jed. Mittw. Saalfahr. u. Zusammenk. im „Luisenpark“.

Burg. 1. Burger Mundharm.-Klub „Edelweiß“. Jeden Mittwoch Uebungsstunde im „Hohenzollerpark“. — 127

Preß-Kommission! Mittwoch abend 8½ Uhr Zusammenkunft im Geschäftslokal der Buchhandlung Volksstimme, Jakobstraße 49. —

H. Lublin

Dienstag Mittwoch Donnerstag

Tischdecken · Portieren · Möbelstoffe

Tischdecken

ca. 300 Phantasiedecken	Sonderpreis	3.75	2.95	2.25
ca. 250 Phantasiedecken	Sonderpreis	6.25	5.50	3.45
ca. 150 Tuchdecken mit Stickerei	Sonderpreis	3.75	3.10	1.50
ca. 180 Plüschdecken mit Borte	Sonderpreis		5.75	4.00
ca. 500 Plüschdecken mit Stickerei	Sonderpreis	8.75	8.25	5.75
ca. 160 Plüschdecken mit Stickerei	Sonderpreis	14.50	12.75	11.50

Portieren

ca. 500 Meter Portierenstoff	Sonderpreis	Meter	60	52½	22½
ca. 800 Meter Portierenstoff	Sonderpreis	Meter	95	75	67½
ca. 150 Paar Portieren	Sonderpreis	Fenster	3.00	2.40	1.25
ca. 250 Paar Portieren	Sonderpreis	Fenster	6.75	4.75	4.00
ca. 125 Garnituren Tuch- und Leinenplüsch mit Stickerei	Sonderpreis		12.00	9.25	6.25
ca. 80 Garnituren Tuch- und Leinenplüsch mit Stickerei	Sonderpreis		21.50	18.00	16.50

Ein Posten Decken ältere Dessins bedeutend unter Preis

Einzelne Portieren und Garnituren sehr billig

Sofa-Bezüge

ca. 100 Meter Moquette-Plüsch ca. 130 cm breit	Sonderpreis	Meter	8.75	3.25
ca. 450 Meter Moquette-Plüsch ca. 130 cm breit	Sonderpreis	Meter	7.00	4.50
ca. 150 Meter bunte Sofabezüge ca. 130 cm breit	Sonderpreis	Meter	1.80	80
ca. 300 Meter einf. Cateline ca. 130 cm breit	Sonderpreis	Meter	1.85	1.55

Dekorations-Stoffe

ca. 650 Meter Möbelköper ca. 80 cm breit	Sonderpreis	Meter	33
ca. 650 Meter Möbelcrêpe ca. 80 cm breit	Sonderpreis	Meter	42
ca. 150 Meter Organdy ca. 100 cm breit	Sonderpreis	Meter	45
ca. 2750 Meter Satin alle Farben ca. 130 cm breit	Sonderpreis	Meter	1.05

ca. 500 Meter **Rüllchenfranse** Wert 37½, Sonderpreis Mtr. 10 Pf.

ca. 150 Meter **drellierte Möbelfransen** Breite 20 cm 15 cm — Sonderpreis 30 20

Lambrequin-Borten

ca. 325 Meter Phantasie-Borte gewebt	Sonderpreis	Meter	37½	22½
ca. 180 Meter Diagonal-Borte mit Stickerei	Sonderpreis	Meter	70	48

Lambrequin-Borten

ca. 450 Meter Tuch-Borte mit Stickerei	Sonderpreis	1.35	1.10	75
ca. 375 Meter Plüsch-Borte mit Stickerei	Sonderpreis	1.45	97½	82½

Steppdecken

ca. 60 Stück Steppdecken Satin, Seidenglanz, ca. 130/190	Sonderpreis	Stück	3.50
ca. 50 Stück Steppdecken Satin, Seidenglanz, ca. 140/205	Sonderpreis	Stück	5.00
ca. 50 Stück Steppdecken Satin, gleichseitig, ca. 160/210	Sonderpreis	Stück	8.75
ca. 50 Stück Steppdecken Satin, Wollfüllung, ca. 160/210	Sonderpreis	Stück	13.00

ca. 30 Stück Steppdecken Wollatlas, Handarb., ca. 140/200	Sonderpreis	Stück	7.25
ca. 50 Stück Steppdecken Wollatlas, Handarb., ca. 160/210	Sonderpreis	Stück	8.40
ca. 15 Stück Steppdecken Atlas B, ca. 160/210	Sonderpreis	Stück	8.25
ca. 20 Stück Steppdecken Atlas A, ca. 160/210	Sonderpreis	Stück	12.75

Ein Posten Chaiselongue-Decken 22.50 17.50 14.50 10.00 5.00